RÜCK DAS ZEUG RAUS DU BLAU ~~ROTE~~ SAU

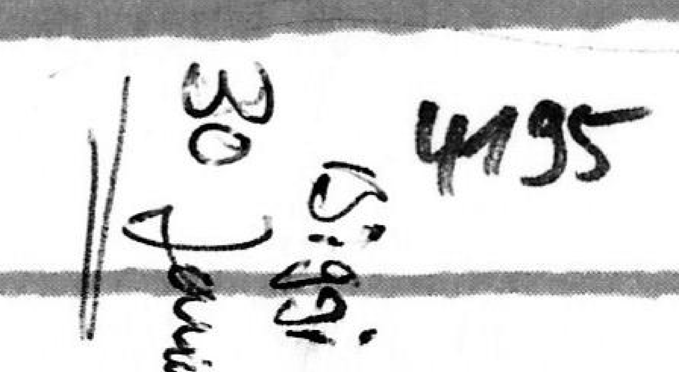
INTERIM

Wöchentliches Berlin-Info

auswärts 2,50 DM

2 DM

Nr. 172



5. Dezember 1991

Vorwort

Knecht Ruprecht hat Euch etwas mitgebracht!
Nachdem der Knecht seinen Herrn enteignet und beseitigt hat,seht ihr nun die Beute:
Das langersehnte Konzeptpapier dieses Projekts. Nach langen kontroversen Debatten ist es uns doch noch gelungen, etwas sinnvolles zu produzieren.Der zweite Teil des Papieres ist nur von einem Teil des Projektes gemeinsam diskutiert und für o.k. befunden.
Das Hooligan-Papier finden wir prinzipell gut, aber der Sprachgebrauch in dem Flugi ist ausschließlich männlich und zum Teil militärisch.
Im Ordner findet ihr diesmal sehr viel(mehr paßte nicht ins Heft). Ein Ordner-papier ,der sogenannte Jakorsen-Bericht, soll kurz erwähnt werden. Dieses Papier ist sehr umfangreich und daher für die Zeitung zu lang, aber für Interessierte zu empfehlen, besonders S.12 zu den Migrationsbewegungen, die von den Autoren als militärisches Problem begriffen werden.
Da wir uns dem großen Aneignungsfest nähern, gibt es auch für uns eine Feierpause Das letzte Heft erscheint am 19.12., danach erst wieder am 10.1.92! Von daher laßt euch die Feiertage schmecken !

Inhaltsangabe:

Impressum

Herausgeberin:
Interim e. V.
Gneisenaustr. 2a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.i.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Ordnerliste

- 18.Neuköllner Kiez Flugschrift
- P.F.L.P. zu den aktuellen Verhandlungen
- Jakobsen-Bericht "Die künftigen Aufgaben der Bundeswehr"
- Demo und Knastkundgebung in Bruchsal
- Mumia Abu-Jamal
- BI Oberbaumbrücke
- Kungelei zwischen Härtig und Bezirksamt Kreuzberg
- Nachlese zum Straßenfest in der Adalbert
- RAMA RI Kolumne
- Razzia im Schwarzmarkt
- Infoladen Bonn
- "Der Störer"

Vertriebsbedingungen:

Einzelabos und **Einzelbestellungen**, auch von alten Heften gibt es prinzipiell nicht. Das ist uns einfach zuviel Arbeit. (Wir wollen nicht ganz und gar in der Bürokratie versinken.) Geht bitte in den nächsten Info-Laden, dort müßte es eine komplette Sammlung zum Fotokopieren geben.

Ausnahmen davon gibt es folgende:
Knastabos gibt es umsonst und auch
Infoläden und -cafés außerhalb Berlins bekommen ein kostenloses Exemplar zum öffentlich Auslegen bzw. Zugänglichmachen.

Buchläden und andere **WiederverkäuferInnen** können jederzeit ab 3 Exemplaren bei uns bestellen.

Oder ihr tut euch mit euren FreundInnen und benachbarten WGs zusammen und bestellt mindestens 3 Hefte jede Woche.

Redaktionsschluß ist immer **montags**. Wenn's ganz dringend ist, könnt ihr's auch noch Dienstag probieren.

Alle **Artikel**, die ihr uns zusendet, sollen **fertig gestaltet** sein. Also, wenn ihr mit Schreibmaschine o. ä. schreibt, mal ab und zu ein neues Farbband, Typen sauber machen, 1-zeilig tippen, weißes Papier benutzen, so daß es gut zu lesen ist und vielleicht auch mal ein Foto oder eine Zeichnung mit einstreuen. Denn: das Auge liest ja schließlich auch mit, nicht wahr?

Artikel, die **nicht veröffentlicht** wurden, kommen in aller Regel ohne Kommentar in die Ordner: Diese befinden sich im Papiertiger, Cuvrystr. 25 und im Kopierladen M99 in der Manteuffelstr. 99 und sind dort allgemein zugänglich.

Zuschriften, die nicht veröffentlicht werden sollen, und auch nicht in den Ordner dürfen, müssen groß und auffällig als solche gekennzeichnet werden.

Es gilt Anzeigenliste Nr. 3 vom 1. Mai 1989.

WIR ÜBER UNS - ERGEBNIS EINER LÄNGEREN KONZEPT-DISKUSSION INNERHALB DER INTERIM



Wir hatten eine großartige Idee, aber wie so oft, war die Zeit noch nicht reif dafür.

EINLEITUNG

Die Interim enstand unter anderem aus einer innerhalb der Autonomen geführten Diskussion um revolutionäre Organisierung. Ein Grundgedanke war, die vielen Flugblätter und Papiere einer breiteren Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen. Vor 3 1/2 Jahren waren die unterschiedlichen Gruppen kaum in der Lage, Auseinandersetzungen miteinander zu führen. Gerade im Vorfeld der IWF-Tagung in West-Berlin erschien ein kontinuierlicher Austausch von Diskussionen besonders wichtig. In dieser Situation sollte die Interim, als technisches Mittel, eine Zwischenlösung auf der Suche nach neuen Kommunikationsformen sein.
Nach drei Jahren scheint die INTERIMslösung fast zur Instanz geworden zu sein. Es werden manchmal Erwartungen an uns gestellt, die wir weder erfüllen können noch wollen.Wir verstehen uns nicht als die Interims, und unsere politischen Schwerpunkte liegen auch nicht ausschließlich in der Erstellung dieses Infos.

Andererseits erinnern wir an unser dem ID gegebenen Interview (nachzulesen in Interim Nr. 36): "Wenn der Reiz des Neuen aufhört und wir nicht mehr das Gefühl haben, auch selber was davon zu haben, dann wissen wir noch nicht, woher wir die Kraft für den wöchentlichen Stress nehmen können. Wenn wir ausgelutscht sind, dann müssen wir eben aufhören und andere kommen nach uns."
Die Grenzen des Machbaren haben wir oft genug erreicht. Wir sahen uns immer wieder damit konfrontiert, HandlangerInnen der Szene zu sein, die keine Zeit mehr haben, ihre eigene Subjektivität in politische Praxis umzusetzen. So wollten wir aber dann doch nicht enden.
Da uns nach wie vor eine regelmäßige, wöchentliche Erscheinungsweise politisch notwendig erschien (und auch immer noch erscheint), war eine Konsequenz aus allem, daß wir den festen Kreis der MacherInnen erweiterten und so das Erstellen der Interim in einer Art Rotation mit anderen aufteilten. Dies bedeutet für alle eine enorme Arbeitserleichterung, und es hat die Zeitung z.B. durch unterschiedliche Schwerpunktsetzungen bereichert. Inzwischen wurde dieses Konzept jedoch immer mehr zum Drahtseilakt. Zum Problem wurde, daß wir untereinander in keinem stetigen Diskussionsprozess stehen. Die Folge: Anstatt der angestrebten Vielfalt vermittelt sich nach außen ein undurchschaubares Bild. Auf die an uns herangetragene Kritik bspw. an Entscheidungen zur Nichtveröffentlichung oder an Kommentierungen in Vorworten konnte oft nicht sofort in der nächsten Nummer reagiert werden. Nicht zuletzt die Kritiken und Fragen vom Frühjahr haben eine Offenlegung (nach dem Motto so wenig wie möglich, so viel wie nötig) dieser Struktur überfällig gemacht.

Da wir uns nicht als reines Dienstleistungsprojekt verstehen, ist die Textauswahl natürlich subjektiv von unseren ei-

genen politischen Vorstellungen und Positionen geprägt. Genauso hängt aber auch einiges von unserem Tagesbefinden ab, von der Motivation und dem Streß, den jede/r sonst noch um die Ohren hat. Wir versuchen trotzdem verantwortungsvoll mit der Gestaltung der Zeitung umzugehen, was in der Realität vielleicht nicht immer gelingt.

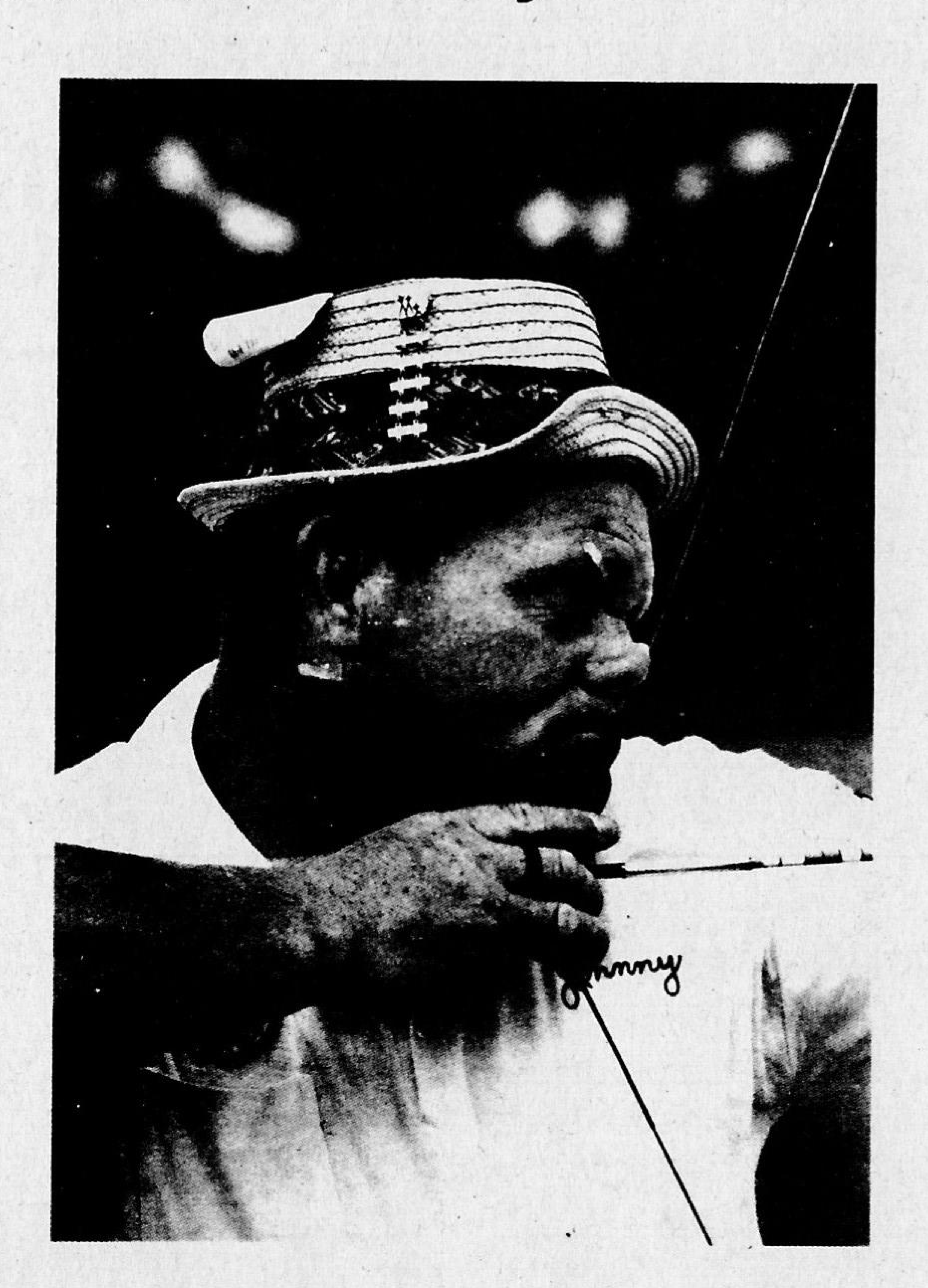


INHALTLICHE KONZEPTION

Wir haben in der Diskussion um das Konzept des Heftes zwei Schwerpunkte gesetzt, die für uns unbedingt zusammengehören.Das ist einmal "Forum der Bewegung" zu sein, wie bisher auch, aber auch verstärkt den Blick auf soziale Bewegungen und gesellschaftliche Konflikte zu werfen.

Forum der Bewegung

"Forum der Bewegung" heißt, daß unterschiedliche Positionen und Aktivitäten ihren Ausdruck finden. Hierbei sollten die Papiere entweder einen Berlin-Bezug haben oder zur Diskussion untereinander beitragen. Die Zeitung soll ein Diskussionsforum sein, wo verschiedene Meinungen Raum haben, Texte sich aufeinander beziehen können und eine kontinuierliche Auseinandersetzung an verschiedenen Punkten möglich ist. Desweiteren ist sie ein Mobilisierungsfaktor für Veranstaltungen, Demos und andere Aktivitäten oder dient zur Verbreiterung von Informationen. Vor allem freuen wir uns immer wieder über Berichte und Nachbereitungspapiere der verschiedenen Aktivitäten, die leider viel zu selten eintrudeln.



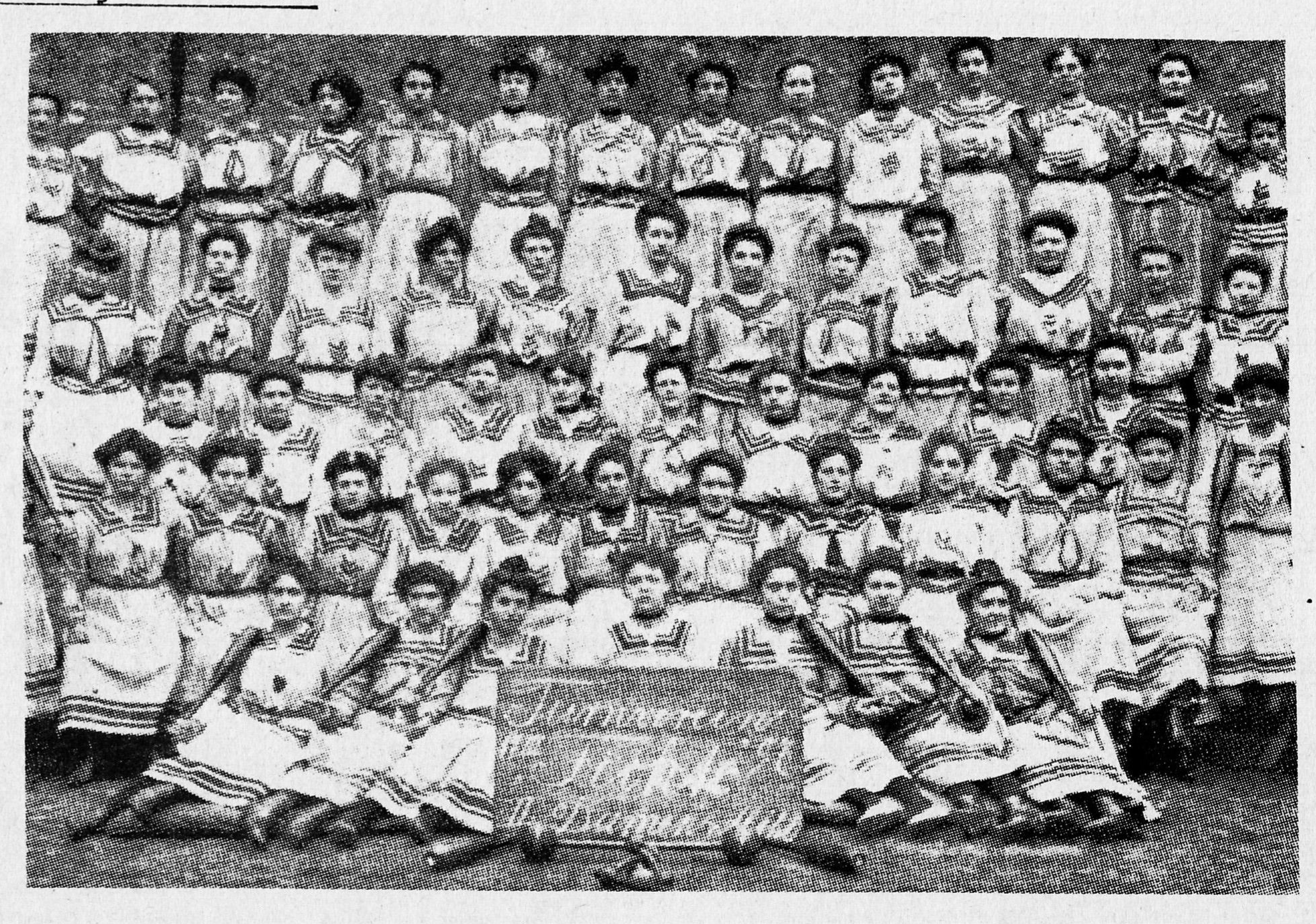
Die Vielfalt und Unterschiedlichkeiten der Positionen hat aber auch bestimmte Grenzen, wie z.B. bei Gruppen mit unkritischem Verhältnis zu realsozialistischen Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnissen. Texte, die wir als inhaltlichen Rückschritt ansehen, behalten wir uns auch weiterhin vor unkommentiert! in den Ordner zu stecken. Inhaltliche Schwierigkeiten sind aber nur ein Grund Texte im Ordner abzuheften. Die Einführung des Ordners wurde nötig, da das Zugeschickte den Umfang der Zeitung überschritt und nur so alle Papiere euch zugänglich sind. So ist Platzmangel in den meisten Fällen auch der Hauptgrund, wobei die Länge der Texte oder die Vielzahl von Informationen zum gleichen Thema oft ausschlaggebend sind. Deswegen sind die Papiere im Ordner weder grundsätzlich 2.Wahl noch nicht lesenswert. Die ein

"Spiegelbild der Bewegung" haben wollen, müssen sich schon die Mühe machen, sowohl die Zeitung als auch den Ordner durchzuarbeiten.
Die Veröffentlichung von Frauen/Lesben-Texte und Veranstaltungshinweise, wirft für uns immer wieder Probleme auf und bringt uns Kritik. Als gemischtes Projekt möchten wir diesen Texten gerne Raum geben und haben Interesse daran, daß Diskussionen, soweit sie für ein gemischtes Forum gewollt sind, geführt werden. Aber die Entscheidung muß von den Absenderinnen getroffen und diskutiert werden. So ist es gerade in der Vergangenheit des öfteren vorgekommen, daß Texte zum Frauen/Lesbenkampf, die alle im Briefkasten lagen!, veröffentlich wurden, was wiederum hinterher kritisiert wurde.
Genau dasselbe Problem gab es teilweise auch bei Antifa-Infos, bei denen wir nicht immer entscheiden können, ob eine öffentliche Mobilisierung gewollt ist oder sogar eher schadet.

Wir können nur an euch appellieren mit der Post verantwortungsvoll umzugehen und euch bei bestimmten Sachen vorher mit anderen abzusprechen.

Mit der Zeitung wollen wir Akzente setzen, autonome Politik nicht isoliert zu betrachten, sondern auf gesellschaftliche Realität und deren Kämpfe zu beziehen. In den folgenden Texten gehen wir anhand der 3 wesentlichsten Unterdrückungsverhältnisse darauf näher ein. Diese Papiere sind im Gesamtprojekt nicht diskutiert worden und stellen deshalb die Position eines Teiles dieses Projekts dar.

Zum Patriarchat - äußern sich die Projekt-Frauen



Jahrtausende an Frauengeschichte und Frauenkämpfen, in die sich die radikale Frauen- und Lesbenbewegung stellt und auf die sie sich bezieht, haben zwar dazu geführt, daß Patriarchat als Unterdrückungsverhältnis definiert und diskutiert wurde, jedoch sind diese Analysen nicht selbstverständlicher Bestandteil einer alltäglichen gemischten Praxis geworden. Vielmehr ist es so, daß selbst die

Diskussion zunehmend aus der allgemeinen Auseinandersetzung verschwindet. Für die Frauen und Männer der Interim soll die Auseinandersetzung mit feministischen Positionen und radikalen Frauenkämpfen einer der drei konzeptionellen Punkte sein, an denen wir die Inhalte der Zeitung messen und bestimmen wollen, aber genauso unseren gemischten Projektalltag. Das heißt natürlich nicht fraueninterne Diskusionen nach außen zu tragen, sondern antipatriarchale Inhalte als permanenten Bestandteil, nicht als Teilbereich unseres politischen Selbstverständnisses und unserer Praxis zu verstehen. Das schreibt und liest sich sehr glatt und steht leider viel zu häufig im Widerspruch zu unserer tatsächlichen Praxis. Aus diesem Grund möchten wir als Projektfrauen, uns an dieser Stelle nicht theoretisch zu Patriarchat und antipatriarchalen Kämpfen äußern, sondern uns direkt auf unser Projekt beziehen.

Es gibt natürlich auch die äußeren Gründe und Zwänge, die zu einem Mißlingen unserer Ansprüche beitragen, aber häufiger sind es unsere Strukturen. Diese werden unter anderem von der (allerdings nicht nur) zahlenmäßigen Dominanz der Männer innerhalb des Projektes geprägt. Von uns allen wird und wurde immer ein zumindest paritätisches Verhältnis angestrebt, jedoch dies umzusetzen ist uns trotz ständigen Bemühens bisher nicht, bzw. nur zeitweise gelungen. Dies hieße dann allerdings Diskussionen zu Patriarchat, in denen wir unser alltägliches gemischtes Zusammenarbeiten und unsere inhaltlichen Auseinandersetzungen in



Frage stellen, noch häufiger und noch genauer führen zu müssen. Das hieße für die Männer des Projektes den Anspruch Feind des Mannes in ihrem Denken und Handeln zu werden, noch bemühter umzusetzen. Aber so ist beispielsweise immer wieder geschlechtsspezifisch unterschiedliches Redeverhalten, unterschiedliche Bewertung von Arbeiten und Aufgaben und unterschiedliche Dominanz, Teil unseres gemeinsamen Interim-Alltages.

Über die Rolle, die wir als weiße linke Frauen und Männer in einem rassistischen Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnis spielen, eben auch darüber, daß Eurozentrismus und Rassismus auch für weiße Frauen gilt, wurde in letzter Zeit in der Interim immer wieder diskutiert. Auch haben wir uns bemüht antirassistische Kämpfe zum Thema zu machen. Zu kurz kam in der Auswahl unserer Texte das "Zusammenspiel" von Rassismus und Sexismus als einem beson-

ders perfiden Herrschaftsinstrument, das für schwarze Frauen bedeutet gegen ein mehrfaches Unterdrückungsverhältnis zu kämpfen. LohnarbeiterInnen-Kämpfe waren immer Teil unserer, wenn auch oft nur internen Diskussion. Der riesige Bereich der Reproduktions- arbeit, gegen den Frauen individuell und kollektiv tagtäglich kämpfen, ist dabei fast rausgefallen. Technisch wird und wurde dies natürlich dadurch begünstigt, daß es fast unmöglich ist aktuelles Material zu finden. Die sehr zeitaufwendige Suche nach irgendwo vielleicht vorhandenen Texten war und ist von uns nicht leistbar, sodaß wir auf Zufallsfunde angewiesen sind. Auch der Zusammenhang aller Ausbeutungsverhältnisse, der für schwarze Frauen tripleopression, nämlich die dreifache Ausbeutung und Unterdrückung durch Patriarchat, Kapitalismus und Rassismus bedeutet, wird von uns zu oft vernachlässigt.Die vielfältigen Kämpfe dieser schwarzen Frauen sind bei uns Weißen nicht zufällig fast ein Tabu.
Diese Liste liese sich beliebig verlängern und ausführen. Aber wir denken, daß es eigentlich reicht, da diese oder ähnliche Beispiele
in allen gemischten Projekten auftauchen.

Stellungsnahme der Männer

Wir die Männer dieses Projektes haben gedacht, daß wir ausgehend von der antipatriarchalen Analyse das Herrschaftsverhältnis verstanden hätten und unser eigenes Verhalten dementsprechend kritisch hinterfragt hätten.
Aber erst in den letzten Wochen ist uns wieder einmal bewußt geworden und das erneut auf Initiative von Frauen, wie stark hier unsere Ansprüche mit der Realität auseinander klaffen. Ein gleichberechtigtes Arbeiten in diesem gemischten Projekt ist uns nicht gelungen, da wir dies verunmöglicht haben.
Unsere unterschiedliche Bewertung der verschiedenen notwendigen Tätigkeiten spiegelt die patriarchale Wertigkeit wieder: organisatorische und "soziale" Tätigkeiten werden als niedriger erachtet als inhaltlich, theoretische Auseinandersetzungen. Das drückt sich auch in unserer Bereitschaft aus, entsprechende Tätigkeiten zu übernehmen.
Innerhalb der Gruppe beziehen wir uns stärker auf uns Männer und bestimmen auch durch unser Redeverhalten und Handeln den Diskussionsprozess und Projektalltag.
Solange wir es noch nicht einmal selbst schaffen, diese Punkte zu entdecken und anzugehen, sondern von Frauen darauf hingewiesen werden müssen, sind wir an unserem antipatriarchalem Anspruch gescheitert. Unsere Ernsthaftigkeit kann sich nicht in schlauen Worten, sondern muß sich in unserem Verhalten erweisen.
Ein antipatriarchaler Ansatz kann sich nur gegen uns selbst richten, das Verändern des eigenen männlichen Verhaltens ist das "Wenn und aber" jeder Politik.
Von hier aus (dem Eingestehen und aktiven Verändern unserer eigenen Täterschaft) können wir uns mit Frauenkämpfen solidarisieren.
Ein eigenständiger Angriffs-



punkt für Männer sollte die männliche Sozialisation sein. Hierzu gehört die Ablehnung der institutionellen Erziehung, wie insbesondere Familie, danach Schule, Kirche und Militär. Läßt sich im Kampf gegen diese Instrumente unserer Erziehung ein antipatriarchaler Männeransatz entwickeln? Wenn ja, nur wenn wir dabei nicht versuchen, uns dabei zu Opfern oder zu Subjekten der Befreiung zu machen.

Klassenkämpfe

Ein weiterer Punkt, der sich ebenfalls in diesem Heft wiederfinden soll, sind Klassenkämpfe, wie sie sich auch hier in der Metropole abspielen.

Streik bei Renault

In Cleon nahmen die Gewerkschaften unterdessen am Donnerstag abend ein Lohnangebot der Firmenleitung an, obwohl eine Belegschaftsversammlung zuvor mit der knappen Mehrheit von 807 gegen 717 Stimmen für eine Fortsetzung des Arbeitskampfes votiert hatte.

Am Dienstag hatte Bereitschaftspolizei die Barrikaden der Streikposten mit Gewalt durchbrochen und so arbeitswilligen Arbeitern den Zutritt zur Fabrik gesichert. Offiziellen Angaben zufolge erreichte die Produktion aber nur 30 Prozent des Normalstandes.

Weniger hochtrabend ausgedrückt ist das der alltägliche Ärger auf der Arbeit, weil deine Arbeitsleistung angeblich ungenügend ist:
Wenn du zu spät zur Arbeit kommst, zu langsam oder zu schlecht arbeitest, oder wenn du zu häufig krank feiest. Der Lohn ist sowieso nicht berauschend und die Berlinzulage fällt auch noch weg. Dafür steigen sämtliche Preise und die Mieten (wenn du überhaupt stolze Besitzerin eines eigenen Zimmers bist), um uns immer wieder zur Maloche zu zwingen, obwohl sie uns total ankotzt.

Zugausfällle wegen hohen Krankenstandes

Bei der BVG hat man das Problem. so Pressesprecher Wolfgang Göbel, erkannt. Mehr Züge, da stimme er der Igeb zu, würden Abhilfe schaffen. „Aber wir haben nicht genug Fahrer." Grund dafür sei der Krankenstand von 14 bis 15 Prozent und Stellen, die nicht besetzt werden können. 60 Fahrten sind deswegen am vergangenen Dienstag auf den U-Bahn-Linien 6, 8 und 9 ausgefallen. 61 Fahrer fehlten.

Aber glücklicherweise läuft ja nicht alles völlig widerspruchslos ab. Das Widersetzen gegen die alltägliche Ausbeutung in der Lohnarbeit und im



Streik macht gute Laune: Mit Warnstreiks im Klinikum Steglitz und im Krankenhaus Neukölln beendeten gestern die Berliner Krankenschwestern und -pfleger ihre zweitägigen Kampfmaßnahmen. 460 Pflegekräfte nahmen an den Warnstreiks teil.

Reproduktionsbereich, läuft genauso alltäglich ab, wie die Unterdrückung selbst: meist ziemlich individualisiert und oft auch ganz widersprüchlich. Und doch ist ist es der Ausgangspunkt für eine weitergehende Selbstorganisierung. Ob

Stahlwerker besetzen Werk in Hennigsdorf

es die genannten Beispiele auf der Arbeit sind, die in Absprachen oder kleinen Aktionen mit ein paar KolegInnen münden (JobberInnen-Gruppen etc.), oder Kämpfe im gesellschaftlichen Bereich. So z. B. Jugendgangs, die sich ihren Kiez erobern und von Rassisten freihalten. Oder wenn wir Häuser besetzen, in denen wir gemeinsame Lebenszusammenhänge aufbauen können und auch keine Miete bezahlen, d. h. weniger lohnarbeiten müssen.Ebenso die Verweigerung in der nichtentlohnten Frauen-Arbeit im Haushalt, Familie, Kindererziehung usw. gehören hierher. Neben den spektakulären Auseinandersetzungen, wie der Welle von wilden, selbstorganisierten Streiks in der ehemaligen DDR oder dem 10-wöchigen Kita-Streik, möchten wir diesen alltäglichen Kämpfen gerne mehr Raum in dieser Zeitschrift geben.

Internationalistische Kämpfe

Ein ganz eigenständiger Bereich sind die Kämpfe von MigrantInnen und Flüchtlingen aus der Peripherie.
Sie beziehen ihren Antrieb aus der Zerstörung der Lebensbedingungen in weiten Regionen der Erde.Durch die Vernichtung der nicht nach dem Marktprinzip funktionierenden (Über-)Lebensstrukturen ÄSubsistenzÜ, sollte die Armutsbevölkerung im Trikont (wie davor auch in den anderen Kontinenten) mobilisiert und in die Verwertung in Weltmarktfabriken und 'Cash crop-Plantagen' gezwungen werden. Durch Hungerkatastrophen, Kriege, Bevölkerungspolitik und vieles andere mehr, wird auf die Vernichtung der 'überflüssigen Esser' selbst abgezielt; d.h. derjenigen Teile der Armutsbevölkerung ,die sich hartnäckig ihrer Verwertung widersetzen oder vom Kapital einfach nicht benötigt werden.
Mit dem Rückzug des Kapitals aus großen Teilen der Peripherie entstehen ganze Regionen, in denen Verwertung kaum noch stattfindet, und die weitgehend sich selbst überlassen werden. Imperialistische Interessen sind dort nur noch Kontrolle und Vernichtung der dort lebenden Menschen.
Von dem Widerstand der Armutsbevölkerung gegen ihre Verwertung und Vernichtung bekommen wir hier nur die spektakulären Ausschnitte mit; zuallererst natürlich die vielzitierten Plünderungen, Revolten, Landbe-

Die Politik der verbrannten Erde in Zaire

Vandalismus und Anarchie im einstigen Musterland / Ethnische Konflikte geschürt

Computer wurden aus den Fenstern geworfen, Druckereien angezündet, Textilwerkstätten zerstört – der Zorn des Volkes richtete sich gegen die Instrumente der modernen Industrie, von der bisher in Zaire nur eine kleine Schicht von Privilegierten und Ausländern profitierte. Die aufgebrachten Massen, die Ende September und seitdem regelmäßig durch die Straßen Kinshasas und anderer Städte des zentralafrikanischen Landes zogen, haben nicht nur Läden geplündert, sondern systematisch die Produktionsmittel zerstört. Die Verzweiflung der Arbeitslosen, die in der Hauptstadt etwa die Hälfte der Bewohner ausmachen, sowie der einfachen Soldaten, die umgerechnet drei Dollar Monatslohn nach Hause bringen, kann sich scheinbar nur noch in Zerstörungswut entladen. Die Kupferverarbeitungsanlage im nahegelegenen Likasi wurde von Plünderern Ende Oktober heimgesucht. Dabei konnte sich das noch tonnenweise in den Kesseln kochende Metall im gesamten Röhrennetz ausbreiten und dort fest werden.

Angesichts dieser Situation fiel es dann auch den Belgiern leichter, den Rückzug ihrer Truppen zu beschließen und die kostbaren Kupfer-, Zink- und Kobaltminen, von denen seit fast einem Jahrhundert die belgische Wirtschaft nicht schlecht lebte, ihrem Schicksal zu überlassen.

setzungen und wilden Streiks. Die dahinter stehenden Formen von Selbstorganisierung und alltäglichen Kämpfen, die auch nach Niederschlagung von Revolten weiterbestehen und diese erst ermöglichen, bleiben für uns aber unsichtbar.

Im Rahmen der internationalen Arbeitsteilung wird der Massenarmut im Trikont die unterste Stufe zugewiesen. Dieses Ausbeutungs- und Herrschaftsgefälle beginnt bei

-der Vernichtung der "überflüssigen Esser" in Hunger- und Kriegsregionen

-der Mobilisierung in die neuen Industien

-der mobilen Wanderarbeit in der Peripherie

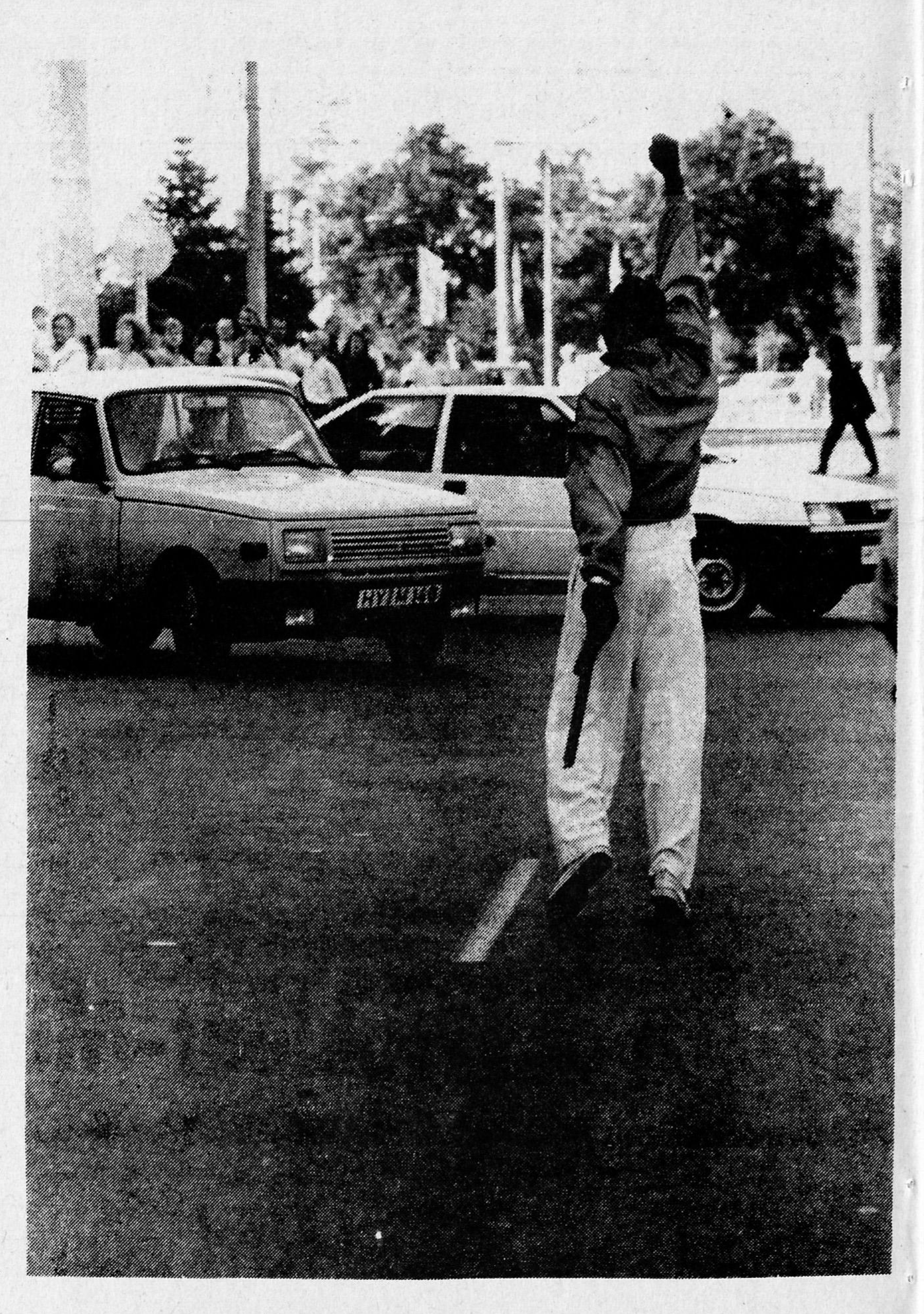
-bis zu den ArbeitsimigrantInnen, die innerhalb der metropolitanen Klasse wiederum die unterste Schicht stellen.

Dabei hat Migration aus den Peripherien immer den Doppelcharakter, einerseits als Mobilisierung durch das Kapital eben auch Kapitalinteressen umzusetzen: Zerschlagung "unproduktiver" Subsistenz in der Peripherie und Spaltung der Klassenkämpfe in den Metropolen durch Druck auf die Löhne. Andererseits ist Migration für Menschen aus dem Trikont oder auch aus Osteuropa die Möglichkeit der Alternative Verwertung oder Vernichtung zu entziehen. Durch ihr Ausweichen in die Metropole fordern sie ihr Recht auf Existenz ein und auf Teilhabe an dem ihnen geraubten Reichtum.

Die Flucht selbst also ist schon ihr erster Angriff auf imperialistische Gewalt (die damit untrennbar verbundenen sozialen Kämpfe in den Herkunftsländern nicht zu vergessen).

In unseren weiteren Zusammenarbeit mit Flüchtlingen und MigrantInnen werden nicht umhin kommen ihre eigene Subjektivität stärker als bisher zu berücksichtigen. Das heißt, wir müssen erkennnen, daß sie es sind, die sich hierher durchgekämpft haben, die hier für einen selbstgewählten Aufenthaltsort kämpfen, bessere Lebensbedingungen für sich durchsetzen (Essen, Wohnen usw), sich gegen rassistische Übergriffe organisieren und vieles andere mehr.

Dabei benötigen sie unsere Unterstützung. Aber als Opfer werden sie uns nicht zur Verfügung stehen.



Antirassistische Kämpfe

Die Auseinandersetzung mit Rassismus hat in letzter Zeit einen erheblichen Umfang dieser Zeitung eingenommen. Dies war zum einen der Zunahme von rassistischen Angriffen auf Flüchtlinge und MigrantInnen geschuldet, zum anderen war es eine Schwerpunktsetzung von Seiten der Zeitung . Die anti-

„Als Gott den Menschen schuf, war der Teufel neidisch und wollte auch so etwas Schönes machen", heißt es in einem brasilianischen Schulbuch des Staates Minas Gerais aus dem Jahre 1988. „Als er sah, daß seine Schöpfung schwarz war, schlug er der Kreatur auf die Nase. Deshalb haben die Schwarzen platte Nasen. Da weinte der schwarze Mensch und um ihn zu trösten, legte der Teufel dem schwarzen Menschen seine feurige Hand auf den Kopf. Deshalb hat der schwarze Mann krauses Haar."



RUND 120 ASYLBEWERBER haben am Montag in der hessischen Gemeinschaftsunterkunft für ausländische Flüchtlinge in Schwalbach gegen ihre Verlegung in Unterkünfte in den fünf neuen Bundesländern protestiert.

rassistische Organisierung von MigrantInnen außerhalb der Scene gab hierzu den Ausschlag. Außerdem sind wir der Ansicht, daß eine gründliche Diskussion über Rassismen in der zu 90% deutschen linken Scene unerläßlich ist, wenn wir den Anspruch auf die Erkämpfung einer befreiten Gesellschaft noch aufrechterhalten wollen. Hierzu jetzt einige grundsätzliche Gedanken:

Rassistische Unterdrückung und Ausbeutung existiert in allen gesellschaftlichen Produktionsweisen und historischen Epochen. Egal ob feudalistisch, kapitalistisch, staatskapitalistisch. Seit jahrtausenden werden Menschen wegen ihrer "Rasse", "Herkunft" oder "Religion" verfolgt und vernichtet. Rassismus oder Rassismen nur als Machenschaften oder Spaltungsinstrumente der jeweils Herrschenden anzusehen, verkennt fatal ihre Popularität und Verankerung bei den "Volksmassen" oder der "Klasse". - Die verbalen und tätlichen Angriffe von deutschen Proleten auf ihre türkischen, ... KollegInnen ist seit den 60 er Jahren in der BRD alltäglich. In Zeiten von ökonomischen Krisen wurden die Unzufriedenheiten von den deutschen Ausgebeuteten schnell an die Türken, Italiener, Asylanten, usw. abgelassen. "Sie" sind dann Schuld für gesellschaftliche Entwicklungen: Erwerbslosigkeit, keine Wohnungen, Preissteigerungen, Lohnsenkungen, ...

Rassismen sind gesellschaftliche Strukturen, die sich nicht auf spezifische gesellschaftliche Bedingungen reduzieren lassen; sie haben eine Eigenständigkeit oder Autonomie gegenüber Patriarchat und Klassenherrschaft.- Menschen aus dem Süden und Osten Europas, aus trikontinentalen Ländern erfahren eine unmittelbare Diskriminierung in allen alltäglichen Angelegenheiten. Bei der Wohnungssuche und Arbeitssuche stehen sie ganz hinten an. Sie bekommen die miesesten Jobs zu Niedrigslöhnen und ziehen sich dafür den Zorn der deutschen JobberInnen wegen Lohndrückerei zu.In diesem Sinne werden MigrantInnen auch bewußt von oben als Spaltungsinstrument gegen Klassenkämpfe mobilisiert. Dies könnte noch unendlich fortgesetzt werden, soll aber zur Illustration reichen.

Entsprechend der eigenständigen Ausbeutungs- und Unterdrückungsform besteht natürlich auch ein eigener anti-

rassistischer Kampf. Dieser verläuft nicht immer in Beziehung zu antipatriarchalen- und Klassenkämpfen.

- Die Kämpfe von Schwarzen und MigrantInnen sind antirassistische Kämpfe

- Die türkischen Jugendbanden organisieren sich gegen den Rassismus und

- die Ghettoaufstände in Frankreich und England sind gegen die rassistische Unterdrückung gerichtet.

- Der Golfkrieg war ein rassistischer Krieg, bei dem es auch ums Öl ging, aber nicht umgekehrt, da es ein Angriff gegen die Armutsbevölkerung des Nahen Ostens war.

- Roma, Sinti und sowjetische JüdInnen kämpfen für ein Bleiberecht und gegen die rassistische Abschiebung.

- Flüchtlinge verlassen in Gruppen und Einzelnd ihre zugewiesenen Lagerplätze und gehen dort hin, wo sie sich einigermaßen sicher fühlen.

- Grenzen werden dichtgemacht zur Verteidigung der rassistischen Zonierung der Weltkugel in Metropolen, Peripherien, Hunger- und Kriegsgebieten, Vernichtungsregionen.

15 000 Einwanderer an der Grenze zu Sachsen

GÖRLITZ, 27. Juli (dpa). Rund 15 000 Menschen sollen nach einem Bericht der in Dresden erscheinenden „Sächsischen Zeitung" gegenwärtig an der Grenze zu Sachsen auf eine Chance zur illegalen Einreise warten. Nach Angaben der Grenzschutzämter Pirna und Frankfurt/Oder werden gegenwärtig monatlich rund 1000 illegale Einwanderer von Grenzern und Zöllnern abgefangen.

Im ersten Halbjahr seien etwa 3000 illegale Grenzgänger in den Amtsstuben des Bundesgrenzschutzes in Sachsen gelandet. Mehrere hundert rumänische Flüchtlinge sollen zurück in ihre Heimat gefahren sein, nachdem sie aufgegriffen und von Botschaftsangehörigen in Bussen zurück nach Polen gebracht wurden.

Die Bedeutung dieser internationalen Auseinandersetzung hat zugenommen und soll in dieser Zeitung breiteren Raum erhalten.

Die "Linke" (uns selbstverständlich eingeschlossen) hat den Rassismus selber jahrzehntelang gepflegt, ob bewußt oder unbewußt. Dies nun erkannt zu haben, ist nicht spontanen Geistesblitzen zu verdanken, sondern den immer heftigeren Kämpfen der MigrantInnen bei uns vor der Haustür und den Befreiungskämpfen der Menschen in den 3 Kontinenten. Der Diskussionsprozeß in der linken emanzipatorischen Bewegung hat dies erst spät aufgenommen und versucht dem Rechung zu tragen.

Schlußbemerkungen

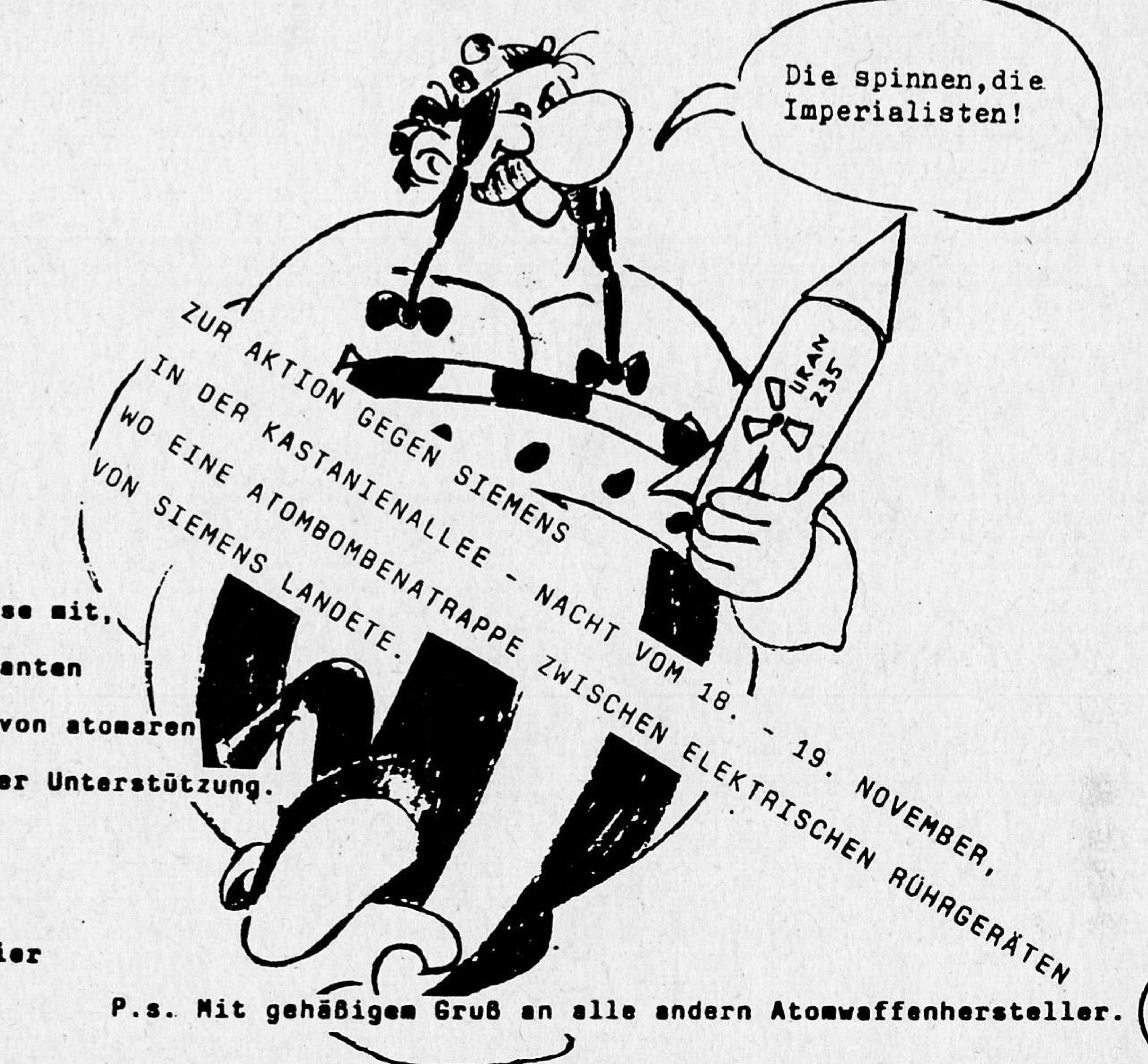
Auch wenn wir davon ausgehen müssen, daß Herrschaft von Menschen über Menschen erst aufgehoben ist, wenn sie von den Menschen in allen drei Unterdrückungsverhältnissen abgeworfen ist, so stehen alle drei (beschriebenen) Bereiche doch eigenständig zueinander und es kann erst einmal kein gemeinsamer Kampf vorausgesetzt werden. Der Bezug zueinander bleibt widersprüchlich; so wie sich Widerstand in den drei Antagonismen sowohl ergänzen wie auch ausschliessen kann. Was wir jedoch nicht wollen, ist ein Ausspielen der einzelnen Widersprüche gegeneinander. Das kann aber nicht heißen, die einzelnen Antagonismen (wie es häufig geschieht) nur aufzuaddieren und in soziologischen Beschreibungen zu enden.

Unser Ziel, Herrschaft von Menschen über Menschen insgesamt zu zerschlagen, wird sich nur verwirklichen lassen, wenn wir uns, ausgehend von unseren Kämpfen gegen die eigene Ausbeutung und Unterdrückung, aktiv solidarisch zu den Kämpfen gegen die anderen Antagonismen verhalten.

Der Klassenbegriff im Text soll nur das Ausbeutungsverhältnis zwischen Kapital und Arbeit skizzieren. Lediglich in diesem Unterdrückungsverhältnissen behält der Begriff seinen Gebrauchswert als politische Kategorie. Im gesellschaftlichen Gesamtkontext von Befreiung unterschlägt der Klassenbegriff das patriarchale und rassistische Gewaltverhältnis und wird damit untauglich als

Kampfbegriff. Er baut wieder alte/neue Haupt- und Nebenwidersprüche auf, die endgültig auf den Misthaufen unserer Geschichte gehören.
Der Versuch die gesellschaftliche Realität in ihrer Gesamtheit zu erfassen, wird natürlich auch durch die Unterdrückungsverhältnisse Patriarchat, Rassismus und Klassenherrschaft nicht erreicht. Es gibt Widersprüche, die hier nicht drunter subsumiert werden können: Die Unterdrückung von Homosexualität, der Gesundheitszwang und die Ausbeutung von Kindern durch Erwachsene. Es gibt noch einige "blinde Flecken" im Analysegerüst von Emanzipationsbewegungen zu entdecken, aber wir machen erst einmal eine Atempause um nicht völlig ins "Straucheln" zu geraten.





Für Siemens

Im September dieses Jahres teilte die Presse mit, daß eine Tochtergesellschaft des Elekrogiganten SIEMENS dem Irak bei Experimenten zum Bau von atomaren Waffen geholfen hat, in Form von technischer Unterstützung.
WIR WOLLEN NICHT MIT EUCH VERRECKEN !
Hier habt ihr EUREN DRECK zurück.

Eure Gallier

P.s. Mit gehäßigem Gruß an alle andern Atomwaffenhersteller.

DIE GEDULD DER FRAUEN IST DIE MACHT DER MÄNNER
DIE GEDULD DER FRAUEN IST DIE MACHT DER MÄNNER

Wir veröffentlichen jetzt unser Kritikpapier zu der Kurdistan-demo am 24.8.1991. Wir haben zu einen FrauenLesbenblock mobilisiert und haben uns an der Vorbereitung im Bündnis beteiligt. Das Papier ist den Gruppen und Organisationen vor 7 Wochen gegeben worden; bisher haben wir - mit Ausnahme von Bosevik Partizan - keine Antwort erhalten. Sympatisantinnen von Bosivik Partizan haben in einem eigenen Papier zur Situation in dem Bündnis Stellung bezogen und wir haben gemeinsam das Kritikpapier geschrieben. Wir wollen daran eine breitere Diskusion mit Frauen, die wir z.Zeit vorbereiten. Wenn's soweit ist, werdet ihr davon erfahren.

Vorher aber noch ein paar Takte an die autonome + anti-imperialistische Scene!
Wir kritisieren aufs schärfste, daß sich nur einzelne wenige Frauen und Männer mit der Situation z.B. in Kurdistan und der Türkei und den revolutionären Kämpfen dort auseinandersetzen und sich dazu praktisch verhalten, während sich momentan "alle" auf die Flüchtlingen stürtzen und auf die faschistischen Angriffe gegen sie reagieren. Wir finden eine konkrete praktische Hilfe und zusammenarbeit mit Flüchtlingen <u>wichtig</u>!, hinterfragen aber, warum sich kaum welche mit der Kriegsituation und der imperialistischen Vertreibungspolitikin den jeweiligen Ländern auseinandersetzen, an der die BRD in der Region maßgeblich beteiligt ist. Ein Ausdruck dessen ist auch die gleichzeitig kaum entwickelte Zusammen arbeit mit ImmigrantInnen (z.B. die ausländischen Jugendliche oder die zusammenarbeit mit politischen Organisationen) die eine wesentlich größere Bereitschaft zur <u>kontinuirlichen</u> Diskussion und Perspektiv-entwicklung bedeutet.
Eine solche Auseinandersetzung würde z.B. auch die augenblicklich so bekiebten anti-rassistischen lippenbekentnisse von weissen deutscher auf eine reale Ebene bringen.
Autonome Feuerwehrpolitik wird - wie schon so oft - auf Grenzen Abgründe stoßen, wenn NUR aus subjektiven Betroffenheit heraus gehandelt wird, ohne die Ursachen zu analysieren und mit einzubeziehen.

Das heißt, es muß eine weitergehende perspektivische Vorstellung entwickelt werden, wie eine kontinuierliche anti-faschistischen und internationalistischen Arbeit aussehen muß; daraus ergibt sich dann auch, wie wir mit Menschen/Gruppen/Organisationen aus andere Ländern zusammenarbeiten und gemeinsam eine revolutionaire Perspektive weiterentwickeln können.

Für uns stellt sich aus dem gemachte erfahrungen eine Beteiligung an solche Bündnissen wie zu der Kurdistandemo nicht grundsätzlich in Frage. In Zukunft wollen wir aber unsere Energien verstärkt für unseren eigenen Interessen als Frauen einsetzen, für unsere eigene unhabhängige Organisierung. Wir wollen uns mit Frauen aus verschiedene Ländern, konkret z.Zeit v.a. mit Frauen aus der Türkei und Nord-Kurdistan austauschen und Diskussionen an prakttischen zielen entwicklen. Trotz bestehender Widersprüchlich

keiten, es ist nicht entscheidend, wie sich die Frauen sich organisieren ob in gemischten Gruppen/Organisationen oder autonom mit Frauen u.o. Lesbenzusammenhängen. Das ist ihre eigene Sache. Entscheidend ist, ob sie interesse an solchen Auseinandersetzungen haben (wie z.B. jetzt an der Demo leider erst im Nachhinein gelaufen ist In gemischten Bündnissen stellen wir von Anfang an die Forderung, daß Frauen auf Demo's Kundgebungen... ein eigenes unabhängiges Rederecht haben.

An die VertreterInnen und SympatisantInnen der Organisationen und Gruppen, die im Bündnis zur Vorbereitung der Demo anläßlich des Überfalls des türkischen Staates auf Südkurdistan am 5. August 1991 beteiligt waren:

Kurdischer Arbeiterverein, ATIF, TDKP, Partizan, EKIM, Bolsevik Partizan, Kurtulus, TKIH, Dev Isci, TKP/ML (Hareketi), Antifa Neukölln, Infoladen Nachladen, ASTA TU (Kurdistan AG), ASTA FU (Kurdistan AG), Frauen- und Lesbengruppe, Frauen aus einem besetzten Haus in Friedrichshain, Palästina-Gruppe, Palästina Büro. Einige Gruppen waren auf der Nachbereitung und dem letzten Treffen vor der Demo nicht mehr dabei.

Wir wollen aus hier aus unserer Sicht aufzeigen, wie die Entwicklung im Bündnis war, und unsere Kritik schriftlich formulieren:

Für uns ist die Zusammenarbeit mit dem Bündnis gescheitert und in dieser Form nicht mehr möglich !!!

Die Frauengruppe aus der Türkei/Nordkurdistan hat diese Papier mit erarbeitet und unterstützt es in der Hauptsache. Aus der ganzen Auseinandersetzung ziehen sie die Konsequenz, den Kampf gegen die patriarchale Theorie und Praxis dieser Organisationen, bei gleichzeitiger internationalistischer Zusammenarbeit, noch verstärkter führen zu müssen.

Zunächst wollen wir unser Selbstverständnis als kämpfende Frauen/Lesben darlegen:
Wir als Frauen/Lesben kämpfen hier gegen Imperialismus und Patriarchat. Wir sind solidarisch mit allen Befreiungsbewegungen, die gegen nationale Unterdrückung, gegen imperialistische und kolonialistische Ausbeutung, für ihre Befreiung und Selbstbestimmung kämpfen.
Als kämpfende Frauen und Lesben wissen wir, daß es ohne eine internationale Revolution keine wirkliche Befreiung der Frau geben wird. Und die Revolution wird keine wirkliche sein, wenn sie nicht die Befreiung der Frauen auf allen Ebenen fordert und verwirklicht. Um dieses Ziel zu ereichen, müssen wir uns unabhängig als Frauen und Lesben organisieren und uns international aufeinander beziehen. In dem wir von einander lernen und unsere eigene Identität und Stärke im Kampf entwickeln, werden wir dieses Ziel auch erreichen.

Direkt nach dem Überfall des türkischen Militärs auf das irakisch besetzte Süd-Kurdistan Ende Juli gründeten Organisationen aus der Türkei und Nord-Kurdistan ein Bündnis zur Vorbereitung einer Demo, die am 20.7. stattfand. Wir haben – wie das meist der Fall ist – nur beiläufig von dem Vorbereitungstreffen zur ersten Demo erfahren. Deshalb konnten wir uns erst zwei Tage vor der Demo an der Mobilisierung beteiligen und Aufrufe zur Demo und zum nächsten Bündnistreffen an Szene-Treffpunkten aushängen.



An der Demo beteiligten sich ca. 500/600 Menschen, größtenteils aus der Türkei und Kurdistan. Beim ersten Bündnistreffen nach der Demo waren außer den Organisationen aus der Türkei und Kurdistan auch Frauen aus der Frauen- und Lesbengruppe, der Antifa Neukölln, dem Infoladen Nachladen, einem besetzten Haus in in Friedrichshain und dem Palästina-Büro, sowie Männer aus der Palästina-Gruppe und den Kurdistan-AGs der ASTEN FU und TU vertreten.
Das Treffen begann mit der Nachbereitung der Demo. Ein Vertreter einer türkischen Organisation kritisierte, daß sich so wenige deutsche GenossInnen beteiligt hatten, ohne jedoch zu berücksichtigen, daß die Organisationen aus der Türkei und Kurdistan sich weder um eine Beteiligung der BRD-Linken an dem Bündnis, noch um eine Mobilisierung dieser Menschen zur Demo, bemüht hatten. Die diesbezügliche Kritik von unserer Seite wurde als berechtigt angenommen.
Sicher ist die internationalistische Zusammenarbeit von deutschen und ausländischen Gruppen insgesamt wenig entwickelt. Dies drückt sich z.B. auch an der geringen Beteiligung der radikalen Linken an Demos zur Türkei und Kurdistan aus. Aber auch die Organisationen aus der Türkei und Nordkurdistan bemühen sich wenig darum uns zu erreichen, sei es durch Aushängen von Aufrufen an den bekannten Szene-Treffpunkten oder durch gezieltes Ansprechen von einzelnen oder Gruppen.

Das Bündnis nahm sofort die Vorbereitung einer Großdemo auf, die am 24.8. stattfinden sollte. Das Interesse im Bündnis an einer Zusammenarbeit mit uns beschränkte sich auf Funktionales. So übernahmen wir verbindlich die organisatorischen Sachen - wie Lautsprecherwagen, Druckerei, Aufrufe in die Zeitungen...)

Auf der zweiten Demo wollten wir Frauen/Lesben einen eigenen Redebeitrag halten, und darin unser Verhältnis, besonders zu den kurdischen Frauen und dem kurdischen Befreiungskampf vermitteln und uns auf sie beziehen. Wir hatten/haben auch Interesse mit Frauen aus der Türkei und Kurdistan zusammenzuarbeiten, aber die einzelnen Frauen, die zu Anfang auf einem Bündnis-Treffen waren, kamen dann nicht mehr.
So haben wir in den beiden Wochen vor der Demo mehrere Kurzkundgebungen in Kreuzberg und Neukölln gemacht und zu einem starken Frauen/Lesbenblock auf der Demo aufgerufen. Dabei hielten wir Transparente auf deutsch und türkisch:

Keine Befreiung der Frauen ohne Revolution -
Keine Revolution ohne Befreiung der Frauen !!!

und:

Kein Angriff kann den kurdischen Befreiungskampf verhindern!

Wir hatten auch ein eigenes Flugblatt in dem wir unser Verhältnis zu den kurdischen Frauen und dem Befreiungskampf aus unserem Selbstverständnis als Frauen/Lesben, die hier in der Metropole für ihre Befreiung kämpfen, entwickelt haben.

Den Bündnisaufruf haben wir nicht mitgetragen. Unsere Kritik daran ist einerseits, daß kein Bewußtsein darüber vermittelt wird, daß die BRD einer der wichtigsten Bündnisparter der Türkei ist. Außerdem wird sowohl in dem Aufruf, als auch in dem Bündnisredebeitrag die Rolle der kurdischen Frauen im Befreiungskampf gänzlich ignoriert bzw. wird ihnen nur der Platz der Opfer zugewiesen ("Für die Brüderlichkeit der Völker", "Bombardierung der Zivilbevölkerung - viele Tote, darunter auch Frauen und Kinder).



Kokereiarbeiter'nnen in der Zeche Math. Stinnes, Essen 1917.

Auf dem letzten Bündnistreffen vor der Demo, bei dem einige Organisationen und Grupppen nicht anwesend waren, brachten wir ein, daß wir auf der Demo einen eigenen Redebeitrag halten wollen:
Die anwesenden Organisationen aus der Türkei und Nord-Kurdistan, bis auf Bolsevik Partizan und Dev Isci, lehnten das mit folgenden Begründungen ab:
- "ein eigener Frauenredebeitrag ist spalterisch" (laut Komiteebeschluß sollte nur ein gemeinsamer Redebeitrag gehalten werden. Es wurde argumentiert, daß andere Organisationen, ja auch keinen eigenen Redebeitrag halten. Ein Vertreter von Bolsevik Partizan stimmte dem Frauenredebeitrag zu und schlug außerdem vor, bei allen Aktionen grundsätzlich einen Frauenredebeitrag zu halten, was aber erst gar nicht diskutiert wurde.) Es hat sich dabei gezeigt, daß es eben gerade nicht um Organisatorisches oder Bündnisbeschlüsse ging.
- "In ihren Organisationen gibt es keine Frauenfrage" (Die Tatsache, daß alle Organisationen nur von Männern vertreten waren, schien ihnen nicht aufzufallen.)
- "Der Marxismus-Leninismus hat die Frauenfrage bereits gelöst" (Dies wurde durch das Verhalten der anwesenden Männer den Frauen/Lesben gegenüber nicht unbedingt demonstriert.)
- "Es geht um den gemeinsamen Kampf von Männern und Frauen - Schulter an Schulter". Unsere Herangehensweise sei somit bürgerlich.

An der Demo beteiligten sich schließlich ca. 700 Menschen, darunter ein Frauenblock von über 100 Frauen/Lesben.
Bei der Nachbereitung forderten Frauen/Lesben aus der Frauen- und Lesbengruppe, der Antifa Neukölln, dem Infoladen Nachladen und der Frauengruppe aus der Türkei und Nord-Kurdistan nach einer gemeinsamen Einleitung, daß die Vertreter der anwesenden Organisationen zur Kritik an ihren Strukturen und ihrem konkreten Verhalten Stellung beziehen.

Wichtige Punkte der Kritik waren:
- Ein eigener Redebeitrag von Frauen/Lesben durfte nicht gehalten werden.
- Die Inhalte der Frauen wurden auf die Frauenfrage reduziert, obwohl wir betont haben, daß es uns ebenso um Internationalismus geht.
- Die Organisationen haben sich offensichtlich nicht mit den Positionen und der Politik der anwesenden Frauen und Lesben auseinandergesetzt und wollen dies (bis auch wenige Ausnahmen) auch nicht.
- Trotz diesem Unwissen, glaubten einige uns als bürgerlich und konterrevolutionär bezeichnen zu können.
- Die Männer sind nicht auf unsere Kritik an ihrem ignoranten Verhalten (z.B. Redeverhalten,...) eingegangen. Uns geht es nicht nur um die Frauenfrage, sondern auch um das Männerproblem.
- Während der Auseinandersetzung mit den RK's (und den Bullen) auf der Demo, war der Lautsprecherwagen nicht geschützt, weil einige sich kurzzeitig aus dem Bündnis verabschiedet haben, ohne zu Bedenken, was ihr Verhalten für den Rest und die Demo bedeutet.
- Trotz unserer Kritik am Skandieren von Parolen aus dem Lautsprecherwagen auf der ersten Demo, die vom Bündnis auch angenommen worden war, geschah genau dies auch auf der zweiten Demo wieder. Auch hier wurde wieder kein Raum für Eigeninitiative der an der Demo beteiligten Menschen gelassen.

Die Kritik am Verlauf der Demo wurde sofort abgebügelt, indem ATIF erklärte, sie seien auf der Demo vorübergehend aus dem Bündnis ausgetreten und hätten alle Funktionen abgegeben.
Bei der "Diskussion der Frauenfrage" erwiesen sich ATIF, TDKP und TKP/ML Hareketi als die größten Scharfmacher. Von ihnen wurden wir als reaktionär und konterrevolutionär bezeichnet, weswegen wir eigentlich ebenso wie die RK's von der Vorbereitung solcher Demos ausgeschlosssen werden sollten. Bis auf Bolsevik Partizan und Kurtulus, die uns unterstützt haben, trugen alle Organisationen aktiv oder passiv diese Position mit. Die TKHI und Partizan bezogen sich deutlich positiv auf diese Positionen. EKIM lehnte die Kritik der Frauen ab und sagte, daß die Frauen ja mehr geredet hätten als die Männer, deswegen sei die Kritik am Chauvinismus unberechtigt, ansonsten unterstützten sie die obengenannte Postition von ATIF, TDKP usw. Der Kurdische Arbeiterverein sagte, daß die Frauenfrage zwar wichtig sei, mit der Nachbereitung jedoch nichts zu tun hätte. Er bot stattdessen eine Versammlung zur Frauenfrage an.

Insgesamt schien unter den Organisationen unwidersprochen der Konsens zu bestehen, daß die Frauenfrage Oberhand genommen habe, daß der wissenschaftliche Sozialismus die Lösung der Frauenfrage mit beinhalte und daß unsere Herangehensweise bürgerlich sei, da wir sie innerhalb des Systems lösen wollten und somit die Bourgeoisie unterstützen.
Die vertretenen Positionen machen klar, daß die anwesenden Organisationen - oder zumindest ihre Vertreter - wirklich nicht wissen, mit wem sie es eigentlich zu tun haben, wer wir sind und was wir wollen. Das und die Tatsache, daß unsere Kritik, die wir nach der ersten und zweiten Demo vorgebracht haben in keinster Weise berücksichtigt wurde, zeigt, daß sie sich nicht mit den konkreten Bedingungen der Kämpfe hier, der Notwendig-keit anderer Kampfformen/inhalte bzw. den Kämpfen selber, auseinandersetzen.

Wir fordern alle Organisationen auf innerhalb von drei Wochen schriftlich Stellung beziehen.
Alle anwesenden Frauen/Lesbengruppen sind über:

Infoladen Nachladen, Waldemarstr. 36, 1000 Berlin 36

zu erreichen.

Stellungnahme der Frauengruppe aus der Türkei/Nordkurdistan

Wir sind eine Frauengruppe aus der Türkei/Nordkurdistan, die mit Bolsevik Partizan sympatisiert.

An der Demovorbereitung haben wir als Frauengruppe nicht direkt teilgenommen. Nachdem wir die gelaufenen Diskussionen und den sog. "Redeverbot" mitbekommen haben sahen wir uns verpflichtet, darauf zu reagieren, und haben die Bemühungen der Frauen und Lesben begrüßt hierzu eine gemeinsame Stellung zu beziehen, was wir dann auch taten.

Die Kritik der Frauen und Lesben an der Demovorbereitung, an dem "Redeverbot" und dem Demoaufruf teilen wir voll und ganz und finden diese aufgenommene Diskussion insbesondere deswegen wichtig, weil endlich einmal eine Reihe von Fragen der "Bündnisse" zwischen ausländischen und inländischen RevolutionärInnen angesprochen werden und eine offene und öffentliche Auseinandersetzung darüber gefordert wird.

Wir wollen hiermit unsere Haltung in der Frage der Befreiung der Frau, unsere Vorstellungen hinsichtlich einer breiteren möglichen Zusammenarbeit, sowie einige Kritikpunkte an dem Flugblatt der Frauen und Lesben zu der Demo darlegen.

Auch in unserer eigenen Organisation gab es, so wie es heute nach wie vor die meisten Organisationen aus der Türkei/Nordkurdistan machen, eine Zeit, wo die Frauenfrage als eine Frage der Bildung von Frauenmassenorganisationen unter der Leitung der kommunistischen Organisation angesehen und auch darauf beschränkt wurde. Ab 1985 haben aber eine Reihe von Frauen in unserer Organisation die Frage aufgeworfen, daß wenn die Revolution nur durch die Teilnahme der Frauen siegen kann, diese Frauen sich dann auch vor der Revolution massiv am revolutionären Kampf beteiligen müssen, daß die kommunistischen Organisationen in ihren eigenen Reihen die Revolution der Frauen beginnen müssen, daß alles was männlich-patriarchalisch ist und die Frauen zu Menschen 2. Klasse macht im bewußten Kampf in den Organisationen aufgebrochen werden muß, daß insbesondere in den Organisationen wie der unseren aus einem Land, mit feudalistischen Überresten , viele feudalistische Traditionen über Bord geworfen werden müssen.

Zum Ausgangspunkt wurde die Debatte,"wir Kommunistinnen wollen, wie Clara Zetkin es auch schon sagte, "gleichberechtigt, gleichverpflichtet, zusammen mit den männlichen Kommunisten kämpfen". Das aber ist leider nicht die Realität.

In allen revolutionären Organisationen ist es so, daß sowohl die Mitgliedszahlen von Frauen sehr sehr niedrig sind, daß die Aktivität der weiblichen Mitglieder sehr gering ist, daß die traditionellen weiblichen "Tugenden" technische und sonstige Hilfsdienste zu verrichten vorherrschend sind und, daß die Genossinnen nicht in leitenden Positionen tätig sind.

Nicht nur das, in Diskussionen über Mann/Frau Problematiken trat als gravierenstes Problem auch in unserer eigenen Organisation immer wieder das Problem der Gewalt gegen Frauen (aber auch Gewalt gegen Kinder) auf.

Aus all dem hatten wir die Schlußfolgerung gezogen:

"Wir müssen eine besondere "Frauenpolitik" entwickeln, eine Politik, die darauf ausgerichtet ist, jede Form des männlichen Chauvinismus zu brechen, jede Ungleichheit in politischen Strukturen aufzuknacken, und besondere Methoden zu entwickeln, die es den Frauen erleichtern ihre alte, passive, duldende, leidende Rolle abzuschütteln, ihnen durch eigene Schulungen, Konferenzen, Frauengruppen, besondere Diskussionen, bestimmte Rechte, eine gleichberechtigte und gleichverpflichtete Rolle zu verschaffen. All das läßt sich nur durchführen, wenn die Revolutionärinnen den Kampf für ihre Befreiung aktiv, selber in die Hand nehmen, was wir dann auch taten. Hinsichtlich der Gewalt gegen Frauen (gegen die eigenen Frauen und auch gegen die Gewalt gegen Kinder, hierbei ist auch die Gewalt von Frauen gegen Kinder gemeint) wurde nach langen Diskussionen beschlossen, daß die Gewalt gegen Frauen und Kinder als

unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der Organisation ist. (Wobei wir wohl, die Gewalt gegen Frauen und die Gewalt gegen Kinder voneinander trennen)

Gerade in Diskussionen über diesen Beschluß mit anderen Organisationen aus der Türkei wie ATIK, Partizan, TDKP etc. wurde uns klar, wie wichtig so ein Beschluß ist.

Ihre Haltung und auch die Haltung einiger männlicher Genossen aus unseren eigenen Reihen war die, daß es in einer kommunistischen Organisation nicht nötig wäre einen solchen Beschluß zu fassen, und wenn "so etwas vorkommen sollte", dann sei dies die absolute Ausnahme."Kommunisten machen so etwas nicht", in der Organisation sei der Widerspruch zwischen Mann und Frau gelöst, wir seien alle Kommunisten etc.

Da wir aber sowohl aus der Praxis unserer eigenen Organisation und aus der Praxis der anderen Organisationen wissen, daß das nicht stimmt, daß Gewaltanwendung gegen Frauen immer wieder vorkommt, daß darüber ein Bewußtsein geschaffen werden muß, daß ganz klare Grenzen gezogen werden müssen, wo sich "Revolutionärsein" und "Kommunistsein" nicht mit menschen-frauenverachtenden Haltungen vereinbaren läßt. Aus diesem Grund war und ist dieser Beschluß für uns sehr wichtig.

Nachdem wir uns diese Ausgangspunkte gesetzt haben, sind wir daran gegangen, konkreter herauszuarbeiten, daß die Frauenfrage Teil jeder Frage des Klassenkampfes ist. D.h., daß in allen politischen Tätigkeiten unsrer Organisation, in den Gewerkschaften, in den demokratischen Vereinen usw. die Frauenarbeit , die Revolutionierung und Gewinnung von Frauen immer ein Teil der Arbeit sein muß, der besondere Aufgaben stellt.

In der Gewerkschaftsarbeit haben wir die Forderung aufgestellt, daß immer auch die besonderen Forderungen von Frauen berücksichtigt und unterstützt werden müssen, daß innerhalb der Gewerkschaften, wir für die Bildung besonderer Frauengruppen, Frauenschulungen, Frauenkommissionen eintreten, daß in Streikkommittees unbedingt Arbeiterinnen gewählt werden müssen usw.

In unserer ganzen Agitation und Propaganda versuchen wir in allen politischen Fragen immer auch die Fragen der Befreiung der Frau, der besonderen Bedingungen der Unterdrückung und ihrer Befreiung gerecht zu werden.

Von Anfang an, schon allein dadurch, daß wir viel über die Erfahrungen der kommunistischen Weltbewegung, insbesondere der Kollontais und Clara Zetkins und die praktische Tätigkeit der Komintern in der Frauenfrage studiert haben und versucht haben, daraus auch Lösungen für uns zu entwickeln, haben wir diese Frage als eine internationale Frage gesehen.

Wie die Unterdrückung und Ausbeutung der Arbeiter und werktätigen Männer international ist, so ist die Unterdrückung und Ausbeutung der Arbeiterinnen und werktätigen Frauen auch international.

Die Arbeiterinnen in den imperialistischen Elektrokonzernen auf den Philippinen, die Bäuerinnen in Peru, die schwarzen Frauen Südafrikas,usw., sie alle haben unter den —dem Wesen nach— gleichen knechtenden Bedingungen zu leben und zu kämpfen wie wir.

Wir haben versucht, in den Ländern, wo GenossInnen von uns in der Immigration sind, Kontakte, Diskussionen u.ä. mit den kämpfenden Frauen aus den jeweiligen Ländern herzustellen. Leider mit sehr wenig Erfolg. Über einzelne induviduelle Kontakte hinaus sind wir nicht gekommen. Als Gesamtorganisation wurde z.B. in Westdeutschland 1987,88,89 jeweils eine zentrale, Frauenveranstaltungen zum 8.März gemacht und wurden auch Einladungen an deutsche, afganische, iranische u.a. Frauengruppen geschickt und übermittelt.

Abgesehen von einzelnen gelungenen Zusammenarbeiten, z.B. bei einer 8.März Veranstaltung in Berlin mit iranischen Frauen, hatten wir keinen Erfolg.

Wir haben zu den Demos zum 8.März in Westberlin Grußbotschaften mit unseren Kritiken übermittelt, aber auch daraus hat sich nichts kontinuierlisches entwickelt. Sicherlich spielen dabei auch die ideologisch-politischen Unterschiede eine große, wenn nicht die größte Rolle. So ist unsere Haltung zur Sowjetunion unter Stalin eine der

Knackpunkte, an dem die meisten Frauen aus der autonomen, anti-imperialistischen oder anti-faschistischen Szene schon die Diskussionen mit uns abbrechen. Kraß war die Situation am 8.März 1991, wo BP zentral in Westdeutschland zu einer Aktionseinheit zum 8.März aufgerufen hatte. Auch hier wurde versucht die "Bewegung" zu erreichen, vor allem die Frauen- und Lesbenzusammnehänge. Es kam aber keine einzige Frau. Faktisch führte Bolsevik Partizan mit verschiedenen Organisationen aus der Türkei/Nordkurdistan mit 800 Frauen/Männern, wobei die Mehrheit Frauen waren, in Köln eine 8.März Demo durch. Außer einigen deutschen Frauen, die sich spontan einreihten, waren die AusländerInnen unter sich.

Das spiegelt unserer Meinung nach die wirklich desolate Lage nicht nur der ausländischen und inländischen Frauenbewegung, sondern der gemeinsamen antiimperialistischen Arbeit insgesamt wieder. Es ist auch keineswegs so, daß wir die Schuld bei den deutschen Frauen- und Lesbenzusammenhängen sehen. Nein, es zeigt einfach die Isolation voneinander. Unter den Organisationen aus der Türkei und Kurdistan gibt es sowieso unglaublich viele Vorbehalte gegen die " Frauen und Lesbenbewegung", gibt es die Haltung, "wir rufen die Deutschen, wenn wir sie brauchen", und ansonsten läuft nichts. Ein klassisches Beispiel bilden hierbei auch Organisationen wie die ATIK, die am 1.Mai lieber mit dem DGB laufen, als auf der Revolutionären 1.Mai Demo.

Aber — und das ist die andere Seite — ihr macht es uns auch nicht gerade leicht. Z.B. fänden wir es unheimlich wichtig, angesichts Hoyerswerda und angesichts der verschärften Repressionen gegenüber Ausländern und insbesondere Ausländerinnen, gegenüber dem wachsenden Rassismus, gegenüber dem anmarschierenden Faschismus am 8.März 1992 gemeinsam zu demonstrieren. Wir haben keinerlei Probleme damit, daß ihr einen Frauen- und Lesbenblock macht, aber von unserer Herangehensweise her, finden wir es falsch am 8.März nicht mit Männern zusammenzugehen. Versteht uns richtig, unser Problem ist nicht, daß wir prinzipiell gegen eigene Frauendemos sind. Aber der 8.März, der internationale Frauenkampftag, ist für uns ein Symbol, wo alle Revolutionärinnen und Revolutionäre gemeinsam den Herrschenden gegenüber ihre Kraft auf die Straße tragen. und ihren Haß gegen die besondere Unterdrückung der Frau demonstrieren, in praktischer Solidarität zeigen, daß wir im gemeinsamen Klassenkampf diese Herrschaft brechen müssen und auch werden. Für uns ist das gemeinsame Marschieren ein Teil unseres Kampfes gegen den Männerchauvinismus in unseren eigenen Reihen und unter den Revolutionären. Wir wollen, daß die Männer daran teilnehmen, um ihnen zu zeigen, nur mit uns und für die Befreiung der Frau läuft der Kampf, ansonsten gar nicht.

Gleichzeitig aber wollen wir soviele Frauen wie möglich, was uns bisher auch gelungen ist, mobilisieren und uns in der Praxis auch selber klar machen, nur wenn wir die Sache in die eigene Hand nehmen, wenn wir aus unserer Passivität herauskommen, nur dann werden wir auch schon heute unseren Platz in den Kämpfen einnehmen, werden wir unseren Teil der Phantasie, der Kraft, unsere Stärke wirklich zum Teil der Befreiungskämpfe machen und diese unglaublich bereichern.

In diesem Sinne fänden wir es sehr gut, wenn die Inländerinnen (Frauen und Lesben) mit uns und mit anderen revolutionären Frauen aus ausländischen Organisationen zu so einer "gemeinsamen Demo am 8.März 1992" zusammenkommen könnten.

Zu dem Flugblatt der Frauen und Lesben zur Demo wollen wir noch sagen, daß wir es richtig finden, die Rolle der Frau nicht immer nur als Opfer aufzufassen, sondern konkret die Rolle der Frau im Befreiungskampf zu thematisieren. Allerdings denken wir, daß ihr die Rolle der PKK hinsichtlich der wirklichen Befreiung der Frau viel zu positiv seht. Sicherlich, es ist ein unglaublicher Fortschritt, daß kurdische Frauen in der ARGK kämpfen, daß sie die gleichen Ausbildungen wie die Männer erhalten. Aber das ist vor allem deswegen so, weil die Frauen das fordern, weil sie die PKK beim Wort nehmen und die Befreiung einklagen. Wenn man allerdings die ideologischen Stellungnahmen der PKK liest, dann sieht die Sache schon ganz anders aus. Da kommt dann das Bild der "reformierten" Frau heraus, die zwar am Befreiungskampf teilnimmt, aber deren Rolle in der Familie, hinsichtlich der Ehre usw. nicht angetastet wird, ganz im Gegenteil, wo bei der Verteidigung kurdischer, traditioneller Wer-

te auch die Rückständigkeit der Frau mitverewigt wird. (Hierzu die BP– Broschüre auf deutsch: "Die Haltung der PKK zur Befreiung der Frau")

Zuletzt wollen wir noch auf einen Punkt eingehen, daß unserer Meinung nach den anderen Organisationen aus der Türkei/Nordkurdistan die größte Schwierigkeit bereitet. Und wir wollen dabei unterstreichen, daß wir auch in unserer eigenen Organisation eine Reihe von Genossinnen und Genossen haben, die so oder ähnlich denken. Das ist nämlich der Punkt, daß die Lesben am revolutionären Kampf teilnehmen und sich auch darüber definieren. Bekanntlich ist für die Menschen, RevolutionärInnen aus der Türkei und Nordkurdistan Homosexualität, Schwulsein, Lesbesein noch sehr viel stärker tabuisiert als in den imperialistisch-kapitalistisch entwickelten Ländern, wenngleich natürlich auch weit verbreitet. Wir denken, daß viele Positionen gegen die Frauen und Lesben im Grunde darauf zurückzuführen sind, nur schämt "mann" sich dies offen auszusprechen.

Wir wollen es noch einmal zusammenfassen.

Wir denken, daß wir politisch viele —auch wichtige— Widersprüche mit euch (den Frauen und Lesben) haben. Wir denken aber auch, daß diese Widersprüche im Rahmen einer gegenseitigen internationalen Solidarität unter RevolutionärInnen gemeinsam diskutiert werden können und daß diese Widersprüche auf keinen Fall ein Hindernis vor gemeinsamen Aktionen sein dürfen . D.h., Aktionen, die die Freiheit der Agitation und Propaganda für alle TeilnehmerInnen gewährleisten.

Eine Diskussion, die euch wegen eurer Haltung zur Frauenfrage und Lesbensein als kontrarevolutionär einschätzt, lehnen wir prinzipiell ab und halten sie selbst für kleinbürgerlich und feudal.

In diesem Sinne hoffen wir auf eine kämpferische Auseinandersetzung, die uns in der gemeinsamen Aktion weiterbringt, ohne die Widersprüche zu verkleistern, aber die grundlagelegend für eine gemeinsame Kampfeshaltung gegen Faschismus, Imperialismus, Rassismus und Patriarchat.

Frauengruppe aus der Türkei/Nordkurdistan
12.10.1991

PS. Wir werden diese Diskussionspapiere zur Veröffentlichung im BP weiterleiten.

26.11. 91

PRESSEERKLÄRUNG ZUR DURCHSUCHUNG DES BUCHLADENS "LE SABOT" UND ZWEIER PRIVATWOHNUNGEN DURCH DIE BONNER POLITISCHE POLIZEI

Heute morgen wurden um kurz nach 9[00] Uhr fast zeitgleich die geschäftsräume der Buchhandlung "Le Sabot" und zwei Privatwohnungen von MitarbeiterInnen durch die politische Polizei Bonn durchsucht.

Die Durchsuchung erfolgte aufgrund eines Beschlusses des Oberlandesgerichtes Düsseldorf vom 30.10.91 wegen des Verdachts,

"durch Beteiligung an der Verbreitung der Zeitschrift 'Agitare Bene' Nr.45 für die terroristische Vereinigung RAF geworben...zu haben, wenn auch möglicherweise nur in Form der Beihilfe."

Die ca. 25 eingesetzten Polizeibeamten fanden weder in der Buchhandlung, noch in den Privatwohnungen ein Exemplar der bereits im Juli '91 erschienenen Zeitschrift.

Stattdessen beschlagnahmten sie im öffentlichen Buchhandel erhältliche Publikationen z.B Bücher aus dem AJZ-Verlag/Bielefeld und dem GNN-Verlag /Köln sowie zum reibungslosen Verkaufsbetrieb dringend benötigte Geschäftsunterlagen.

Der anwesenden Mitarbeiterin der Buchhandlung verweigerte die Polizei die Wahrnehmung von Grundrechten. Sie durfte weder einen Anwalt noch eine Vertrauensperson anrufen. Die Kundschaft wurde des Ladens verwiesen und ausgesperrt.

Die Mitarbeiterin wurde gezwungen, ihren Wohnungsschlüssel herauszugeben, und mußte im Ladenlokal bleiben, damit die Polizei Gelegenheit bekam, in ihrer Abwesenheit ihre Privatwohnung zu durchsuchen.

Nach ihrem verspäteten Eintreffen stellte sich heraus, daß die Polizei ohne Gerichtsbeschluß das Zimmer eines Mitbewohners durchwühlt hatte was auch trotz eines Hinweises auf die Widerrechtlichkeit ihres Handelns fortgesetzt wurde.

WIR PROTESTIEREN GEGEN DIE UNGERECHTFERTIGTEN DURCHSUCHUNGEN UND FORDERN DIE SOFORTIGE HERAUSGABE DER BESCHLAGNAHMTEN BÜCHER UND UNTERLAGEN!

WIR PROTESTIEREN GEGEN DIE RECHTSVERLETZUNGEN SEITENS DER BONNER POLITISCHEN POLIZEI!

WIR PROTESTIEREN GEGEN DIE KRIMINALISIERUNG VON ÖFFENTLICH ZUGÄNGLICHEN PUBLIKATIONEN UND DIE DAMIT ERFOLGTE EINSCHRÄNKUNG DER PRESSEFREIHEIT!

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Buchhandlung
Le Sabot, Paulstraße 3, 53 Bonn 1. Tel.: 0228/695193.

wir hatten in der nacht vom 29. zum 3o.1o.91 versucht,die funkfeueranlage des rhein-main flughafens bei pfungstadt ausser betrieb zu setzen. dieses funkfeuer wurde speziell für die startbahn west gebaut.
wir haben die aktion abgebrochen,weil das gebäude an fenstern und türen alarmgesichert ist.da ein äußerer alarmmelder nicht vorhanden war, entdeckten wir die alarmanlage erst,als wir den rolladen aufgebrochen hatten.im panzerglas waren feine,dünne drähte eingelassen.wir konnten daraus schließen,daß auch das massive türschloß elektronisch gesichert ist.wir verzichten auf eine ausführliche öffentliche erklärung und fügen eine zeitungsnotiz bei sowie den teil der erklärung,auf den wir uns auch beziehen.

gruppe ruhe im äther

Einbruchsversuch in Funkfeueranlage

PFUNGSTADT (pit). Ein versuchter Einbruch in die Funkfeuer-Anlage Ried zwischen Pfungstadt und Hahn wurde am Dienstag um 17.30 Uhr festgestellt. Wie vom Landeskriminalamt am Mittwoch auf Anfrage zu erfahren war, hatten bislang unbekannte Täter einen Zaun durchschnitten und einen Rolladen aufgehebelt, wurden jedoch möglicherweise gestört. Es entstand nur geringer Sachschaden.

Eine inzwischen gegründete Sonderkommission hält einen Tatzusammenhang mit einem am Dienstag morgen verübten Brandanschlag auf ein Funkfeuer bei Gedern (Wetteraukreis) für nicht ausgeschlossen. Hierbei entstand Schaden in Höhe von knapp zwei Millionen Mark.

Es wird davon ausgegangen, daß die Vergehen von militanten Gegnern des Rhein-Main-Flughafens verübt wurden.

es ist fast genau zehn jahre her, daß das hüttendorf der startbahngegnerInnen geräumt wurde: sicher eines der markantesten ereignisse, mit denen die erweiterung des rhein main flughafens gegen den widerstand breiter teile der bevölkerung durchgesetzt wurde.
es ist aber weniger dieser jahrestag und seine weitere geschichte, die uns veranlaßt hat, diese aktion durchzuführen. und schon gar nicht wollen wir an neuen/alten mythen des startbahnwiderstandes mitstricken. vielmehr geht es gegen ein vergessen und für eine thematisierung der inhalte, mit denen der flughafen zu recht als militärisch-ökonomischer stützpunkt des imperialistischen gewaltsystems charakterisiert wird. wir haben anfang dieses jahres erleben können bzw. fast hilflos mitansehen müssen, wie die rhein main air-base als "desert storm north" zur zentralen aufmarschbasis der us-nato-kriegsmaschine gegen den irak wurde.

und die"normalität" des flughafenbetriebes ist nicht weniger zerstörerisch:
- fliegende manager und techniker organisieren das weltweite ausbeutungsgefälle.
- touristenströme werden aus- und eingeschleust, die bumsbomber als krönung weißer HERRlichkeit.
- herstellung und vertrieb der weltmarktprodukte -high-tech im besonderen- verlangen ein weltumspannendes umschlagnetz: schnellsttransport als teil, ja als bedingung der produktion . dasselbe gilt für die cashcrops, die nur per luftfracht aus dem trikont herangeschafft werden können und hier der billig-exklusiven metropolenversorgung dienen.
- zwar landen auf rhein main auch viele flüchtlinge und migrantInnen, aber viele von ihnen werden -nach einer mehr oder weniger langen begegnung mit dem alltäglichen (deutschen) metropolenrassismus- über genau denselben flughafen wieder abgeschoben.

gründe genug für uns, den rhein-main flughafen mit seiner stützpunktfunktion im weltweiten ausbeutungsgefüge und seiner zurichtungsfunktion hier in der region prinzipiell abzulehnen und zum ziel einer aktion zu machen.

Aufruf zu einer SchülerInnen und StudentInnen Demo

Für ein friedvolles und tolerantes Zusammenleben, gegen Fremdenhaß, Ausländerfeindlichkeit und Flüchtlingshetze !

Seit dem Anschlag auf Hoyerswerder fielen viele AusländerInnen und Flüchtlinge den brutalen Angriffen von Faschisten und Nazis zum Opfer. 6 Ausländer wurden nach offiziellen Angaben ermordet, 10 liegen schwer verletzt in Kliniken und etwa 40 AusländerInnen müssen mit bleibenden Schäden rechnen.

Was tut die Regierung ?

Sie errichtet Sammellager und sieht weiterhin tatenlos zu, bis die SPD der Grundgesetzänderung, bei der Debatte um das Asylrecht, zustimmt! Die verantwortlichen Politiker nutzen die aufkommenden rassistische Bewegung und die damit verbundene Gewalt als Argumentationshilfe für ihre Politik.Die CDU und auch die SPD sowie die Grünen schüren durch ihre Unentschlossenheit die Ausländerhetze.
Es ist wichtig, sich dagegen zu wehren !!!
Die Aufgabe der Regierung und der Wirtschaft ist es, die Jugendarbeitslosigkeit nicht zu verstärken,das Leben der Jugendlichen nicht außer Kontrolle geraten zu lassen, damit der eigene Alltag nicht fremd wird.
Die frühere autoritäre Erziehung und staatliche Repression führen nun zu einem Handeln, bei dem die Folgen nicht bedacht werden und Eigenverantwortlichkeit fehlt!

Dies alles sind Folgen der Politik unserer Regierung.

Der Ausländerhaß steigt. Nazis organisieren und verbinden sich zu immer größer werdenden Gruppen. Wir wollen deshalb mit einer Demo unsere Solidarität und Hilfe den Menschen zeigen,die sie nötig haben.

Wir wenden uns daher an alle Berliner Schulen, Unis, Gewerkschaften usw., sich untereinander zu vernetzen, um die Gefahr eines Anwachsens von rassistischen Organisationen zu verhindern.
Im antirassistischen Zentrum der TU wird es daher ein berlinweites Antifatreffen geben, daß jeden Montag ab 18.00 Uhr in der Villa des Mathe-Gebäudes stattfindet.

Wir wollen zeigen, daß auch die SchülerInnen und StudentInnen eine große Masse sind, und deshalb hoffen wir auf ein zahlreiches Erscheinen zu der

Demo am 7.12. um 13.00 Uhr am Hermannplatz
+ Schlußkundgebung am Roten Rathaus

Wir fordern:
- keine Änderung des im Grundgesetz verankerten Rechts auf Asyl
- keine Räumung der von den Flüchtlingen besetzten Unigebäude
- das antirassistische Zentrum muß bleiben
- Bleiberecht für alle
- keinen Fußbreit den Faschisten



Wir rufen zu Projekttagen an Schulen und Unis auf.



: SCHÜLERINNEN VERSCH. BERLINER SCHULEN (UNTER ANDEREN: HBO, KANT-, ARNDT-, SCHILLER-GYMNASIUM, BERLIN-KOLLEG, UVA.) IN ZUSAMMENARBEIT MIT TU/FU





Veranstaltungreihe

Todesschuß und bewaffneter Widerstand am Beispiel Baskenland

In der zweiten Hälfte des Jahres 1991 ist die Polizei-Politik des gezielten Todesschusses mit großer Häufigkeit in einigen europäischen Ländern angewandt worden: In Nordirland, in der Türkei und im Baskenland. Die Situationen ähneln sich: Die Polizei gibt vor, daß sie mutmaßliche Mitglieder radikallinker Organisationen oder nationaler Befreiungsbewegungen hat festnehmen wollen - und dabei den gezielten Todesschuß einsetzen mußte. Das sind Todesschüsse, die aus einer Distanz von drei Zentimetern abgegeben werden, die die Personen von hinten treffen ...

In der BRD ist die Politik des gezielten Todesschusses - die "putative Notwehr" des schießenden Polizisten - nicht neu. Seit Beginn des bewaffneten Kampfs hier hat die Polizei diese Methode in den Phasen verschärfter Auseinandersetzungen eingesetzt. Wir erinnern uns: Georg von Rauch wurde vor 20 Jahren, am 4.12.71 in Berlin erschossen.

Die Medien reagieren fast immer mit Schweigen auf die Todesschüsse und ihre Hintergründe. Wenn überhaupt die Nachrichten durchkommen, dann nehmen viele das wahr als bloße Verkürzung des politischen Prozesses: Justizverfahren werden eingespart, Gefangene werden präventiv liquidiert. Andere halten die Todesschüsse für ein Ergebnis der innenpolitischen Aufrüstung, den Spezialeinheiten wird was zum Fraß hingeworfen.

Wir denken, daß es nötig ist, die Todesschüsse in dem Rahmen der europäischen Sicherheitspolitik der 90er Jahre neu zu begreifen. Die neue soziale Umgebung ist mehr und mehr geprägt von rassistischen Pogromen, Bürgerwehren, Neonazi-Schläger und parapolizeiliche Einsätzen. Der Staat mit seinem großen Repressionsapparat läßt diese Formen der "außerstaatlichen" Gewalt gewähren, und es ist davon auszugehen, daß er sie einbezogen hat in die neue soziale Ordnung. Die Skins, Hools und Hilfsheriffs handeln zwar subjektiv auf eigene Faust, sind aber ein Teilaspekt, ein funktionaler Teil der Herrschaftsstrategie. Die rechtsradikalen Männer fürs Grobe und die aufgebrachten, die wildgewordenen Bürgervereine haben ihre Aufgaben in den verarmten und verunsicherten Stadtteilen, in den Trabantenstädten, gegenüber den MigrantInnen, gegenüber den aufmotzenden Jugendlichen, gegenüber Homosexuellen und Feministinnen und und und. Staatliche Herrschaftssicherung basiert in den 90er Jahren nicht mehr ausschließlich auf uniformierten Einheiten, auf Sozialarbeitern und staatlichen Einrichtungen.

Welche Antworten hat ein revolutionäres Projekt auf diese Todesschüsse, auf diese neue soziale Lage in Europa zu geben? Die unmittelbaren Antworten, die es bereits gibt, sind der Antirassismus und der Antifaschismus. Diese Bewegungen greifen aber zu kurz, sie thematisieren nicht die revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft. Ohne revolutionäre Ziele und ohne die Diskussion der dazu nötigen Mittel einschließlich bewaffneter Gewalt wird auch die Praxis in den 90er Jahren nicht auskommen, ebensowenig wird diese Praxis auf soziale Utopien und auf rationale Auseinandersetzungen und Entwürfe von einer anderen Gesellschaft verzichten können.

Weder der nationale Befreiungskampf noch die antiimperialistischen Organisationen in Europa sind für uns in der Frage der sozialen Utopien ein Leitbild. Sie sind aber diejenigen, die Veränderung und rationale Auseinandersetzung zusammenbringen in einem Projekt - aber eben nur in neinem Projekt in Richtung einer alternativen Staatlichkeit.

Die Infos über die Todesschüsse im Baskenland und auch in Irland und Türkein sollen nicht als reine Solidaritätsbekundung verstanden werden, sondern Anlaß bieten für eine breite Debatte über Selbstverständnis, Ziele und Aufgaben von Kämpfen, die über die Teilbereiche hinausgehen.

Wir nehmen zu Beginn dieser Veranstaltungsreihe Bezug auf das Buch Peio Aierbe's (*Bewaffneter Widerstand in Europa*) und laden den Autor und türkische Genosse/in ein zur

Diskussion am 7.12.91, 18 Uhr
Babylonia Cuvrystr. 23, 1 Bln 36

An die Öffentlichkeit

- mit der Bitte um Weiterverbreitung -

Die Angriffe des türkischen Staates gegen die Gefangenen gehen weiter. Hunderte Menschen sind in einer Nacht von Spezialeinheiten gefoltert worden und in sogenannte Todeszellen gebracht worden. Diese Todeszellen (2m lang / 1.50m hoch) kann man als Särge bezeichnen, in denen versucht wird, die Gefangenen lebend zu begraben.
Ein menschenwürdiges Leben gibt es in diesen Gefängnissen nicht. Die Gefangenen, die in diesen Todeszellen sind oder waren, weisen alle psychische und/oder physische Behinderungen auf.
Untersuchungen von Wissenschaftlern ergaben bei diesen Gefangenen erschreckende Resultate. Gefängnisse mit solchen Todeszellen wie in Eskişehir, sind in den USA und anderen westlichen Ländern verboten.
Seitdem das Anti-Terror-Gesetz in Kraft getreten ist, ist es die gesetzliche Basis für den Staatsterror geworden. Die durch das Anti-Terror-Gesetz ermächtigten Polizisten töten die Menschen, auch wenn sie sie lebend festnehmen könnten. Mit dem Anti-Terror-Gesetz wurden die elementarsten Menschenrechte und Freiheiten außer Kraft gesetzt.
All diese Praktiken, das Anti-Terror-Gesetz und die Todeszellen sind dazu da, um die politischen Gefangenen zu beseitigen.
Die Idee zu den Todeszellen stammt von den Generälen, die am 12.September 1980 geputscht haben.
Wir, die Gefangenen aus dem Sağmalcılar-Gefängnis, sind seit dem 6.November 1991 mit folgenden Forderungen in einen Hungerstreik getreten:

- Abschaffung des Anti-Terror-Gesetzes
- Schließung der Todeszellen

Wir bitten dabei um Aufmerksamkeit und solidarische Unterstützung durch die Öffentlichkeit, Presse, Organisationen und durch alle Menschen, die für ein menschenwürdiges Leben eintreten

6.November 1991
Die politischen Gefangenen aus dem Sağmalcılar-Gefängnis

Der Hungerstreik der Gefangenen wurde inzwischen beendet, sie sind sehr geschwächt. Die Gefangenen erhalten speziell fettes und schwerverdauliches Anstaltsessen, daß sie nicht vertragen. Daher sind sie dringend auf finanzielle Hilfe von außen angewiesen, um sich ihrem Zustand entsprechend ernähren zu können. Wir bitten um ihre humanitäre Hilfe in Form von Spenden - auch wenn es nur geringfügige Beträge wie 10.-DM o.ä. sind

Spenden per Postanweisung an:

Arif Şen
Bayrampaşa Cezaevi
C-Blok 9 Koğuş
Bayrampaşa - Istanbul
Türkei

VERANSTALTUNG MIT DEM MENSCHENRECHTSVEREIN AUS DER TÜRKEI UND DEM ANTIRASSISTISCHEN ZENTRUM

Seit Monaten wird in der BRD die "Asyldebatte" geführt, wird gegen Flüchtlinge gehetzt und so getan, als ob Flüchtlinge ohne Grund fliehen und in der "BRD kein Platz " mehr sei.

Die Türkei und Türkei-Kurdistan sind ein Land, aus dem Flüchtlinge in die BRD kommen. Nach wie vor sind dort Verfolgung von linken und fortschrittlichen Frauen und Männern genauso auf der Tagesordnung wie Folter in den Gefängnissen und Erschießungen auf der Straße und in Wohnungen. In Kurdistan wird gegen die kurdische Bevölkerung offen Krieg geführt.

Die BRD ist eines der Länder von denen der türkische faschistische Staat in Milliardenhöhe Militär -und Wirtschaftshilfe erhält. Es sind unter anderem deutsche Firmen, die die ArbeiterInnen in der Türkei zu Hungerlöhnen beschäftigen und aus der Ausbeutung Riesenprofite erzielen.

Die BRD und andere europäische Staaten schotten die Grenzen für Menschen aus anderen Ländern immer weiter ab. Diejenigen, denen die Flucht gelingt, sind hier mit sich ständig verschärfenden Asyl -und AusländerInnengesetzen, unmenschlichen Lebensbedingungen und rassistischen Angriffen konfrontiert.

Gegen den zunehmenden Rassismus und um das Schweigen zu durchbrechen haben am 24.10.91 UnterstützerInnen zusammen mit Flüchtlingen, die rassistischen Angriffen ausgesetzt waren oder aus Angst davor nach Berlin geflohen sind, Räume des Mathegebäudes besetzt und das Antirassistische Zentrum gegründet.

Um über die Situation in der Türkei und hier zu informieren und zu diskutieren laden wir zu einer Veranstaltung ein.

PROGRAMM:

6.12.91, 18 Uhr:

-Antiterrorgesetze und Menschenrechtsverletzung in der Türkei und Kurdistan
-Die Arbeit des Menschenrechtsvereins
-Rassismus in der BRD und Widerstand dagegen
-Diskussion

7.12.91, 16 Uhr:

-Die Rolle von IWF und EG in der Türkei
-Folter und der Aufbau eines Rehabilitationszentrum für Folteropfer in der Türkei
-Diskussion

Ab 21:00 Uhr Solifete!!!

Ort: Diyalog, Oranienstr. 34, 1/36

VeranstalterInnen: Grenzenlos, Asyl e.V., ADA e.V., Antirassistisches Zentrum, mit Unterstützung vom Bildungswerk für Demokratie und Umweltschutz

V.i.d.P.: B. Leiberecht, Streit Str. 21, 1/20

Wir drucken das folgende Flugblatt ab, um ein Beispiel dafür zu dokumentieren, wie und von wem Rassismus in den Fußballstadien etwas entgegen gesetzt wird. Das Flugblatt ist bei Fußballspielen in Wattenscheid und Schalke verteilt worden.



NÜRNBERG

SCHALKE

'60 MÜNCHEN

DUISBURG

BERLIN

FRANKFURT

K-TOWN

WATTENSCHEID

HANNOVER

ERKENSCWICK

GEGEN RASSISMUS

JETZT REICHT ES !!!

Nach Informationen von ausländischen Freunden haben wir erfahren, daß am Samstag den 19.10.91 um 18 Uhr in Bochum Langendreer ein Skinhead-Treffen statt. Von dort aus werden Angriffe auf ausländische Bürger stattfinden. Wir finden, daß unser gemeinsames Einschreiten dort nötig wird. Viele von uns haben gerade auf Schalke Ausländer lieben und schätzen gelernt. Da wir erst in Düsseldorf spielen und dort nicht fehlen dürfen, ist trotzdem ein Erscheinen in Bochum ein absolutes Muß. Unser Treffpunkt ist das Bürgerhaus in Langendreer !!
Auch wenn es sonst nicht unsere Art ist politisch in Erscheinung zu treten, sollte es möglich sein die Antifa mit genügend Leuten zu unterstützen.
Hier geht es um mehr. Es geht um Kameraden und um ihre Familien.
Deshalb:
- Tatkräftige Hilfe, wenn es sein muß mit Gewalt
- Keine Veröffentlichung von Berichten in FT der OI-Skins
- Keine Reichskriegsfahne im Stadion
- Achtung der Borussen-Front!!!

Die Schalker Hools

GLADBACH



DÜSSELDORF

COLOGNE

ESSEN

KARLSRUHE

BREMEN

MA-WALDHOF

MÜNSTER

SAARBRÜCKEN

STUTTGART

LEVERKUSEN

MÜNCHEN

BOCHUM

HAMBURG

9.12.: AUF INS EXTASY!!

Am 9.Dezember 91 soll Peter Steele im Ecstasy mit seiner Band TYPE - O - NEGATIVE die Gelegenheit bekommen, seine rassistischen, faschistischen und sexistischen Parolen zum "besten" zu geben.

WER IST PETER STEELE ?

PETER STEELE war Gründungsmitglied und Kopf der sich offen als rechtsextrem und rassistisch bekennenden Metal Band CARNIVORE aus New York.
Zu den harmlosesten Textaussagen dieser Gruppe gehörte es Kernkraftgegner in Atomreaktoren zu verbrennen.
Textzeilen wie "If you can't fuck it or eat it kill it" wurden später als reine Provokation ausgelegt, wahrscheinlich auf Drängen der Plattenfirma.
Mittlerweile gibt es CARNIVORE nicht mehr, dafür legt Peter Steele mit seiner Nachfolgeband TYPE - O - NEGATIVE "besser" los als je zuvor.
Folgendes Interview (hier nur ein paar Auszüge) erschien im Juni 91 im ROCK HARD, einer seriösen Metalzeitschrift mit 100 000er !!! Auflage.

...

Du hast beispielsweise zugegeben, daß du politisch - um's mal gelinde auszudrücken - extrem weit nach rechts tendierst. Du hast wörtlich gesagt, du würdest jede rechte Gruppierung - egal wie radikal oder extrem sie ist - unterstützen. Was gibt's daran mißzuverstehen ?

Peter Steele: "Kann sein, daß ich mich ziemlich extrem ausgedrückt habe - aber ich bin nunmal ein extremer Mensch und sage, was ich denke. Der goldene Mittelweg war noch nie mein Ding !"

Werden wir mal etwas konkreter: CARNIVORE sind damals als rassistisch, faschistisch und sexistisch bezeichnet worden - meiner Meinung nach zurecht !

Peter Steele: Mag sein. Wenn die Leute das so sehen wollen, ist mir das egal. Ich kümmere mich einen Dreck darum, ob mich die Leute als Nazi bezeichnen oder nicht. Ich habe das Recht meine Meinung zu sagen - und wie die von den Leuten interpretiert wird ist mir egal."

Du hast in deinem ersten Interview gesagt, du könntest es nicht akzeptieren, daß Ausländern Asyl in Amerika gewährt wird. Das ist ein ziemlich unmißverständliches Statement !

Peter Steele: Richtig und ich stehe auch heute noch dazu. Viele Ausländer kommen nach Amerika, kassieren Sozialhilfe und leben von meinen Steuergeldern, weil sie schlicht und einfach nicht arbeiten wollen. Niemand hat das Recht sich auf Kosten der Gesellschaft durchzufressen !"

Es gibt sicherlich Fälle in denen sich die Sache so abspielt, aber du kannst nicht alles verallgemeinern. Oder willst du abstreiten, daß es Asylanten gibt, die ein Anrecht auf Hilfe haben?

Peter Steele: " Meiner Meinung nach sollte sich jeder selbst helfen. Keine Regierung kann dazu gezwungen werden die Probleme der Ausländer zu lösen. Das ist falsch."

Dennoch gibt es Menschen die auf Hilfe angewiesen sind.

Peter Steele: " Warum ist das mein Problem ?"

Weil du in Amerika lebst und weil die Länder der sogenannten "Ersten Welt" zum Teil für die Mißstände der Dritten Welt" verantwortlich sind. Nimm nur die Waffenexporte als Beispiel !

Peter Steele: "Ich fühle mich nicht schuldig. Wenn man der "Dritten Welt" helfen will sollte man die Leute sterilisieren. Dann gäbe es weniger Kinder die verhungern müssen. Stop fucking and start working !"

....

.. Außerdem enthält dieser Song ein paar äußerst mißverständliche Textzeilen.

Peter Steele: "Zum Beispiel ?"

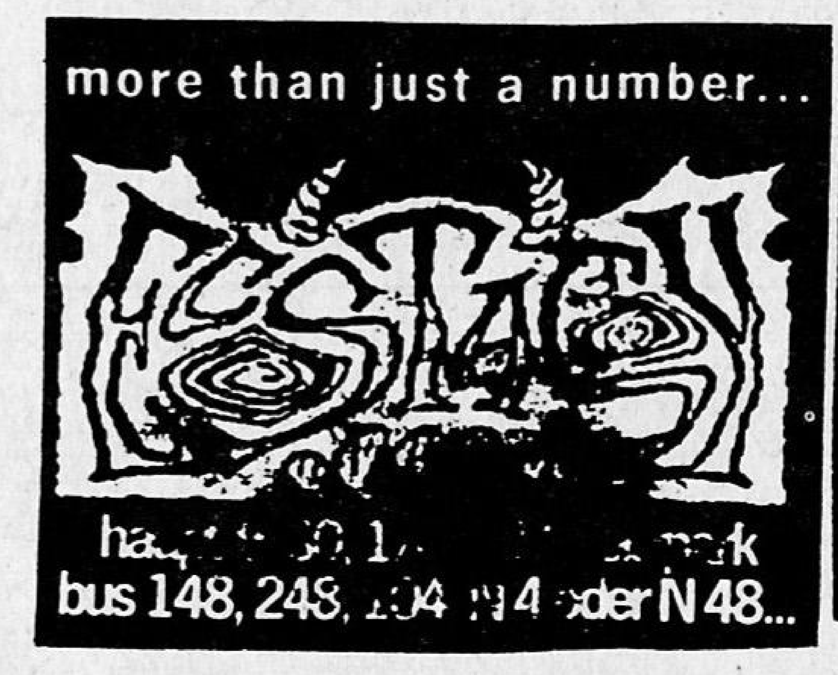
Zum Beispiel folgende: "Send you back to where you came form, get the fuck rid of you (sub) human scum !" Wunderst du dich, wenn du aufgrund solcher Aussagen als Rassist bezeichnet wirst ?

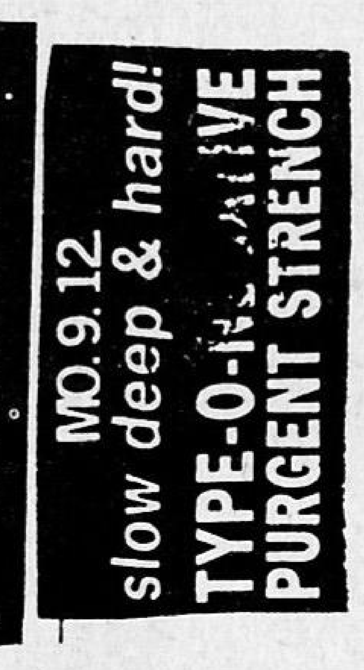
Peter Steele: "Nein. Aber es ist mir egal. Wer meine Texte nicht akzeptiert, kann die Platte aus dem Fenster werfen. Ich schreibe meine Songs in erster Linie für mich selbst. Niemand wird dazu gezwungen, mir zuzuhören ! Es interessiert mich einen Dreck, wie die Leute über mich denken. "

KOMMT MASSENHAFT INS XTC ZUM TYPE - O - NEGATIVE - KONZERT!!!
MACHEN WIR STEELE UND SEINEM UMFELD KLAR, WAS WIR VON SEINER FASCHISTISCHEN UND SEXISTISCHEN HETZE HALTEN!!

Steeleist ca. 2 m groß und sieht ungefähr so aus wie auf dieser Kopie. Trägt ohne Kopftuch lange Haare.









Tel.: 7820642/7883103

nimmt die niederlande abschied vom status des

s o z i a l s t a a t e s ?

gefangenenaufstand in den niederlanden/ ausländische gefangene bei welchen abschiebung droth protestieren/

in dem vormaligen strafgefängnis 'schutterswei' warten asylsuchende auf ihre ausweisung, wo die gerichtsinstanzen ausgeschöpft sind.diese menschen sitzen allerdings nicht im knast, weil sie etwa gegen geltendes gesetz verstoßen haben, sondern weil sie nach dem fruchtlosen gerichtsverfahren als illegal gelten.am 22 juli d.j. brach dann der protest aus - der aufstand begann in den frühen abendstunden -.

ein großer teil streikte gegen die behandlung im knast: wir lassen uns nicht einschließen wie kriminelle.

"wir werden hier behandlet wie sklaven, arbeiten im gegensatz zu anderen, für ein paar gulden am tag.das essen ist schlecht und die wärter sind rassisten.aber das schlimmste ist, wir sitzen hier zu unrecht."(1)

eine andere gruppe ausländischer "illegaler" wollte sich dem streik nicht anschließen.diese weigerung oder passivität führte zu einer großen schlägerei im knast.ein gefangener wurde duch den schließer in die arrestzel e verschleppt.kurz danach, als der streik eskalierte wurde seitens des knastes eine "mobiele eenheid"(zu vgl.mit einer deutschen sek-einheit.d.autor)die mit schlaggstöcken die rivalierenden gruppen trennte und ihre in ihren zellen verschleppte.

diskrimination

bis vor kurzem saßen immer noch eine große anzahl von asylsuchenden(verwaltungsverfahren waren abgeschlossen,die abschiebung angeordnet)in gefängnissen auf das ganze land verteilt.dort mussten sie menschen zusammen sitzen, die sehrwohl strafrechtlich verurteilt waren.in vielen fällen ist dies immer noch so, aber im jahre 1988 wurden die knastdirektoren in "oostereiland' in horn angewiesen ausch. abgewiesene asylsuchende wegzuschließen, was weiß gott auch kein trost ist.

"in dem gefängnis kamen dann jeden tag aufstände und hasstiraden zum ausbruch.mensch fühlte sich wahnsinning.nach einem jahr beschloss dann das justizministerium diesen knast zu schließen - mensch hatte ja noch schutteresweij bei alkmaar", so josé driessen vom büro für discriminatie in alkmaar.

als dann die menschen von horn nach alkmaar überführt wurden, dachten alle das problem ist endgültig vorbei,dies allerdings war ein irrtum.fasit waren und sind neue aufstände im knast, denn die menschen verstehen nicht warum sie eingeknastet sind, so dhr.driessen.

einsperren ohne richter á la bayern ?

im gegensatz zum deutschen (un)rechtssystem können in den niederlanden "illegale" ausländerInnen faktisch unbegrenzt inhaftiert werden.einige fälle sind bekannt, wo die justiz die zellen erst nach 17(!) monaten öffnete.grundlage, im gegensatz zu der b.r.d., ist kein gericht sondern die sog. fremdenpolizei(vreemdelingenpolitie)die in jeder gemeinde organisiert ist.kommen die asylsuchenden dann über die sog. roosendaal-route(über belgien)werden diese genau über diese route abgeführt, sollen sich doch die belgier darum kümmern, so driessen vom bureau van discriminatie)

die hilfsvereine in den niederlanden laufen sturm, befürchten einen nachahmeeffekt für europa.werden derzeit in der b.rd. die "sammellager" konzipiert und auch benutzt,so stehen diese dem niederländischen modell nicht weiter hinte her.

<u>aber die niederlande hat alternativen...</u>

so synisch es auch klingen mag, es wird als alternative propagiert:"huisvesting" das soll bedeuten, dass die suchenden menschen in den wohnungen bleiben müssen ! knast ohne gitter ?!

sollte sich die niederlande tatsächlich vom liberalen status qou verabschieden ?

sollte dies der fall sein müsste hinterfragt werden, woher dies kommt, wo die ursachen liegen ?

antworten wie festung europa, einheitliches asylrecht könnten einige antworten sein.der ökonomische druck seitens der reichen westindustrieländer ein anderer.

<u>wo bleibt die linkspolitische internationalismusbewegung ?</u>

an dieser stelle möchte ich nur fragen aufwerfen, da dessen beantwortung den rahmen des beitrages sprengen würde.(es soll als diskussionsbeitrag verstanden werden.)

die b.r.d. linke, wobei die "grünen" schon im parteienmief assimiliert sind, haben m.e. keine antworten mehr.die linken hüpfen von einer demo zur anderen, vom einem skandal zum anderen - die analyse fehlt total!

die auseinandersetzung klappt ja teilweise nicht einmal mit den linken der annektierten ddr.was angesagt ist, ist eine chronische ratlosigkeit.die linke, wenn sie weiterhin den flügelkampf führt, wird diese dünner und dünner.

die linke ist derzeit so innerlich gespalten, dass diese bewegung nicht mehr entgegen setzen kann.waren damals (häuserbestzung, rauch haus, frankfurt pp.)die gruppen noc so stark das zumindest eine geballte kraft auftreten konnt so ist momentan dies nicht mehr möglich; siehe mainzer stasse, siehe ausländerInnen pogrome b.r.d. weit!

es muss doch heißen eine linie, einen gemeinsamen nenner zu finden und sich auch, und dies insbesonder e mit den ausländischen nachbarn(schweiz,austria niederlande pp.) <u>ernsthaft</u> auseinanderzusetzen.

das zeigt u.a. auch das beispiel in den niederlanden mit der derzeitigen ausländerInnen praxis.ich habe in den medien von diesen und ähnlichen vorfällen nich s lesen und sehen können.

- gemeinsamer kampf
- solidarische internationalisierung
- solidarisierung über die grenzen des inneren streits

thomas kraemer
(bochum j.v.a.)

1)zitiert aus der zeitung: de volkskrant(nierdl.)

hallo leute!
um einen kleinen einblick in der derzeitgen ausländerInnen poltik in den niederlanden zu erhalten, bitte ich um abdruck.die situation in alkmaar spitzt sich derzeit noch mehr zu, so dass hier solidarität angebracht ist, gerade in der jetzigen debatte um ausländerInnen gesetz pp.

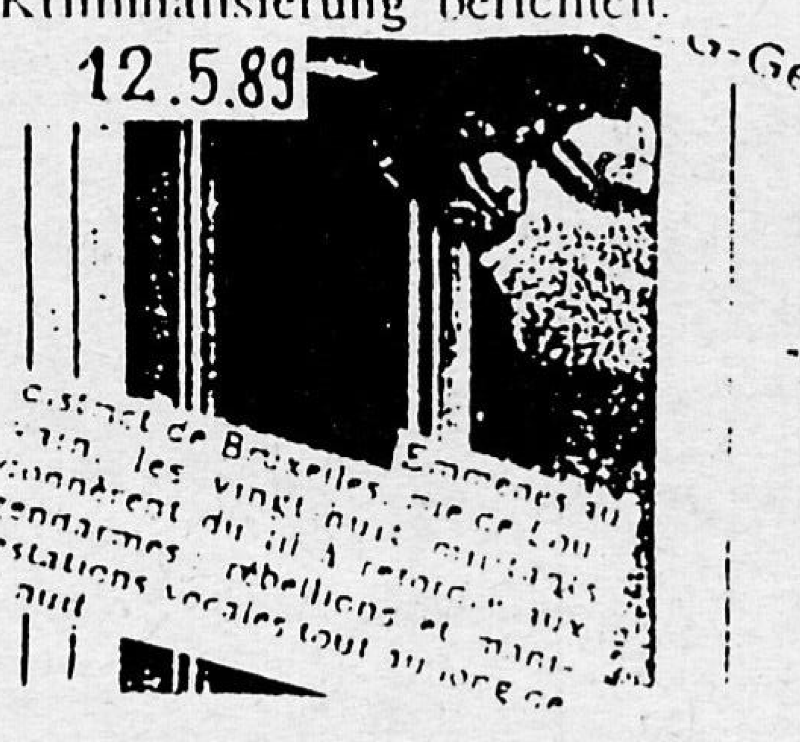
t.k-

GEGEN DAS VEREINIGTE EUROPA DES KAPITALS !

SOLIDARITÄT MIT DEN BESETZER/INNEN DER DG III IN BRÜSSEL !

Am 11.5.89 haben wir mit über 50 Leuten aus vier Ländern das Generaldirektorat III der EG-Kommission in Brüssel besetzt. Wir wollten mit dieser Aktion in die damals laufenden Hungerstreiks der Gefangenen aus der RAF in der BRD und aus Action Directe in Frankreich zugunsten der Gefangenen eingreifen. Die Aktion wurde nach mehreren Stunden dadurch beendet, daß Spezialeinheiten der belgischen Polizei das Gebäude stürmten und alle BesetzerInnen festnahmen. Nach Verschleppung und Mißhandlung durch die Bullen wurden die meisten am nächsten Tag wieder freigelassen und ausgewiesen. 7 von uns kamen in den Knast, ihre Freilassung wurde erst eine Woche später erreicht. Gegen diese 7 GenossInnen hat nun im März 91 ein Prozeß stattgefunden, in dem sie zu 10 Monaten knast ohne Bewährung und der Zahlung von möglicherweise sehr hohen Schadenersatzforderungen an die EG und 17 Firmen verurteilt worden sind.

Wir wollen mit diesem Flugblatt über die Hintergründe der Aktion und den aktuellen Stand der Kriminalisierung berichten.



ZU DEN HINTERGRÜNDEN DER AKTION UND IHREM ABLAUF

Zu Beginn des Jahres 1989 kämpften in der BRD die politischen Gefangenen aus der RAF und aus dem revolutionären Widerstand 100 Tage lang gegen die Isolationsfolter in den deutschen Knästen, gegen den andauernden Versuch, ihre menschliche und politische Integrität zu zerstören. Sie forderten ihre Zusammenlegung in große Gruppen, die Freilassung der haftunfähigen Gefangenen und freie politische Information und Kommunikation.

In dieser Situation besetzten wir am 11.5., dem 100. Tag des Hungerstreiks, mit über 50 FreundInnen und GenossInnen aus der Schweiz, den Niederlanden, Dänemark und der BRD die DG III in Brüssel. Diese Einrichtung der EG-Kommission ist zuständig für die Planung, Forschung und Koordinierung der industriellen Zusammenarbeit in verschiedenen Bereichen.

Die Bestimmung der Aktion entwickelten wir aus dem festgefahrenen Kräfteverhältnis und der Stagnation im Widerstand und aus der Vorstellung, der teilweise ausschließlich auf die Unterstützung der Gefangenen reduzierten Kampagne wieder verstärkt die eigenen Ansätze und Perspektiven des Widerstandes entgegenzusetzen, um so die Zusammenlegung aus unserem gemeinsamen Kampf heraus zu erreichen.

Fast alle Beteiligten kannten sich aus einer längeren Geschichte gemeinsamer Diskussion im internationalen Zusammenhang: der antikapitalistische und antiimperialistische Kongress 1986 in Frankfurt, die Barrikadenwoche 1987 in der Hamburger Hafenstraße, die Anti-IWF-Kampagne oder der Kampf gegen die Apartheid waren Bezugspunkte.

das Anziehende war für alle, sich in Europa international zu organisieren, die unterschiedlichen Erfahrungen produktiv zusammenzubringen und im Angriff gegen eine Schaltzentrale des vereinigten Europas praktisch werden zu lassen: zusammen zu kämpfen.

Die Gruppe hatte sich konkret für eine Institution aus dem wirtschaftspolitischen Bereich entschieden, weil die Kapitalinteressen der westeuropäischen Multis der Motor des Projekts "EG 92" sind. In ihrem Interesse wird die europaweite Repression organisiert, und damit auch die Politik gegenüber den Gefangenen, dasselbe gilt natürlich auch für andere Bereiche, wie der Migrantenpolitik, zum Beispiel. Gerade die Generaldirektorate der EG - Kommission sind die Stellen, an denen die Beschlüsse aus dem Herzen der "technokratischen Diktatur" vorbereitet und teilweise auch umgesetzt werden.

Die Aktion sollte dadurch in die Situation in der BRD eingreifen, daß der BRD - Staat international denunziert und die Stille bezüglich der Haftbedingungen europaweit durchbrochen wird.

Eine konkrete Forderung war das Erscheinen führender Politiker aus Kommission und Parlament, um sie im Beisein der Presse mit der Realität in den Knästen zu konfrontieren.

Die Aktion war international koordiniert mit Gruppen in verschiedenen Städten der beteiligten Länder. Als nach der brutalen Räumung in Brüssel zunächst alle BesetzerInnen festgenommen worden waren, wurden in Aarhus das deutsche Konsulat und in Kopenhagen die Zeitung "Information" besetzt. Auf Pressekonferenzen, Flugblättern und Kundgebungen wurde die Freilassung der BesetzerInnen und die Zusammenlegung der Gefangenen in der BRD und Frankreich gefordert.

Nach 24 stunden wurden alle bis auf die 7 freigelassen. Die 7 begannen einen Hungerstreik, die Aktion ging weiter, es gab Aktionen in den jeweiligen Ländern und viele von uns kamen wieder in Brüssel zusammen, um dort gemeinsam eine Kundgebung vor dem Knast zu machen. Noch bevor man sich versammeln konnte wurden wir von den Bullen auseinandergetrieben. 28 wurden vorübergehend festgenommen. Am 18.5. wurde die Freilassuing der 7 erreicht, aber für das gemeinsame Ziel, die Durchsetzung der Zusammenlegung, konnte die Aktion keinen Impuls mehr geben. Der Hungerstreik wurde am 11.5. von den Gefangenen abgebrochen. Die geringfügigen Verbesserungen der Haftbedingungen sind inzwischen teilweise wieder zurückgenommen worden, die Gefangenen und ihre Anwälte sind harten Angriffen ausgesetzt.

Die Aktion damals war für uns eine Möglichkeit, in die Europa-Pläne des Kapitals einzugreifen un dem Europa der Bullen und Bonzen unser Europa des Widerstandes und der Bewegungen entgegenzusetzen.

Seitdem hat sich einiges geändert, unsere Parole vom "Europa des Kapitals" hat einen viel konkreteren, grausamen Inhalt bekommen. Wir denken hierbei zum Beispiel an José Sevillano, der im Verlauf des Hungerstreiks der politischen Gefangenen in Spanien durch Zwangsernährung ermordet wurde. Der spanische Staat sieht es, ebenso wie die BRD und Frankreich, offenbar immer noch als existenzielle Notwendigkeit an, das Zusammensein von Gefangenen, die sich nicht unterwerfen, zu verhindern. Und für dieses Ziel gehen sie über Leichen.

Wir denken auch an die Pogrome gegen AusländerInnen in Europa, die ja nicht erst in der letzten Zeit begonnen haben. Die gesellschaftliche Stimmung, die das Verbrennen, Erschlagen und Vergewaltigen von Nicht EuropäerInnen erst möglich macht, findet ihre Fortsetzung und Verstärkung in der Politik der "Festung Europa", die ihre Grenzen nach außen dicht macht.
Paralell zu dieser Entwicklung feiern die hiesigen Eliten den Zusammenbruch des ersten Versuchs, den Sozialismus aufzubauen, als "Ende der Geschichte" und Beleg für die Überlegenheit ihrer Werte.
Ohne unseren eigenen Zustand beschönigen zu wollen - wir denken, daß sie sich zu früh freuen. Es ist unsere Sache und unsere Möglichkeit, die Widersprüche zwischen der Realität und den Sonntagsreden offenzulegen und zusammen mit anderen dafür zu kämpfen, daß die männliche, weiße, europäische Arroganz nicht triumphiert.
Die Aktion in Brüssel und andere Initiativen, die von uns mitgetragen wurden, sehen wir in diesem Zusammenhang als lehrreiche Erfahrungen an. Wir haben z.B: lernen müssen, daß der Zusammenhang zwischen einer objektiven Analyse ("Europa des Kapitals") und den konkreten Kämpfen, in denen wir uns bewegen, oft nur abstrakt, und damit für die Praxis wenig brauchbar, herzustellen ist.
Wir haben auch gesehen, daß internationale Diskussion und Solidarität unsere Schwäche in Bezug auf einen konkreten Kampf nicht aufwiegen können. Andererseits betonen die spanischen Gefangenen, wie wichtig für sie im Hungerstreik die internationale Solidarität war trotz der Begrenztheit und Hilflosigkeit, die wir zum Teil bei den Aktionen empfunden haben.
Das ist nur ein Beispiel dafür, daß in unserer Aktion damals Ansätze gesteckt haben, die richtig waren, und die auch wieder aufgenommen werden können - von uns und von euch !



DAS URTEIL ...

Für 7 genossInnen hat die Aktion jetzt, 2 Jahre später, juristische Folgen. Sie alle wurden am 15.3.91 in Brüssel zu 10 Monaten Knast ohne Bewährung und einer Geldstrafe von 1000,-DM wegen kollektivem, geplanten Hausfriedensbruch, Sachbeschädigung und "Rebellion" verurteilt. In dem Prozeß, der in Abwesenheit stattfand, erging zudem ein zivilrechtliches Urteil: Die 7 sollen alle Schäden, die durch die Aktion der EG und 17 Firmen angeblich zugefügt worden sind, bezahlen. Die genaue Summe wird in einem späteren Verfahren festgestellt, sie kann recht hoch sein. Gegen das Urteil hat die Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt, wohl weil ihr die Haftstrafe zu niedrig ist. Die Verhandlung darüber findet am 4.10.91 in Brüssel statt.

... UND DIE PRAKTISCHEN FOLGEN:

Da es sich bei den 7 nicht um belgische Staatsbürger handelt, können sie aus den Ländern aus denen sie kommen, nicht an Belgien ausgeliefert werden. Sobald sich die belgische Justiz einen internationalen Haftbefehl besorgt, ist die Auslieferung dann möglich, wenn sie sich im europäischen Ausland aufhalten. Die zwangsweise Eintreibung der Schadenersatzansprüche ist dagegen auch in den Städten, in denen sie w o h n e n , p r o b l e m l o s möglich, wenn die Höhe der Schäden gerichtlich festgestellt worden ist.
Praktische Konsequenz des Urteils kann sein, daß die 7 nicht mehr ins Ausland reisen können, ohne Gefahr zu laufen, an Belgien ausgeliefert zu werden. Zudem droht allen ein Leben mit Offenbarungseid, denn die Schadenersatzforderungen sind wie gesagt wahrscheinlich sehr hoch.
Wir haben uns entschieden, selber keine Berufung einzulegen, weil wir den Prozeß nur führen könnten, wenn die Angeklagten persönlich vor Gericht erscheinen. Dies wiederum hätte spätestens bei Urteilsverkündung die sofortige Einknastung zur Folge, und das war uns die juristische Auseinandersetzung nicht wert.
Eine umfassende Einschätzung, was die belgische Justiz und die Nebenkläger mit dem Urteil jetzt wollen, ist bisher nicht möglich, weil der Prozeß in der ersten Instanz ohne Information der Angeklagten durchgezogen wurde. Deutlich wird aber das Ziel, potentielle "N a c h a h m e r I n n e n" abzuschrecken, die Angeklagten in ihrer Bewegungsfreiheit einzuschränken, sie finanziell unter Druck zu setzen und Maßstäbe zu setzen bei der Kriminalisierung von politischen Aktionen in der europäischen Hauptstadt.
Egal wie das Verfahren auf der juristischen Ebene weitergeht, an den Strafen wird sich grundsätzlich nichts ändern. Die Angeklagten von Brüssel sind deshalb auf euere materielle Solidarität angewiesen. Auch wenn überall das Geld fehlt, wir veröffentlichen hier die Nummer des Spendenkontos, mit dem vor allem die Kosten des bisherigen und weiteren juristischen Verfahrens bestritten werden sollen.

RA Andreas Beuth, Anderkonto "Brüssel", Hamburger Sparkasse, BLZ 200 505 50, Ktonr.: 1250/123740

V.i.S.d.P. H. Harms, Budapester Str 17 2000 Hamburg 36



Von vielen Eltern/ Müttern haben wir mitbekommen, daß durch ihre Kinder, die Entscheidung, ob und was sie politisch arbeiten, wie sie sich auf Demos,bei Aktionen usw. verhalten, stark eingeschränkt wird.Uns selber geht es genauso. Es besteht eine permanente Unsicherheit:Wer versorgt unsere Kinder,wenn wir einfahren, wie können sie als Druckmittel gegen uns eingesetzt werden?



Wir haben uns hauptsächlich damit beschäftigt,wie die` elterliche Sorge` im Voraus auf andere, den Kindern vertraute Personen, übertragen werden kann, weil wir denken,daß die Unsicherheit, ob die Kinder ins Heim kommen, oder zu den verhaßten Schwiegereltern oder sonstwem, mit dem wir auf keinen Fall einverstanden sind, ganz schön viel an zusätzlichem Druck für die einzelnen im Knast macht.
Wenn dies vorher soweit wie möglich geklärt und abgesichert ist, haben die jeweiligen Frauen und Männer, die Kinder betreuen, auch eine ganz andere Grundlage, sich für bestimmte politische Arbeiten zu entscheiden.
Um eine genauere Einschätzung zu bekommen, was im Fall einer Verhaftung mit den Kindern geschieht, haben wir uns mit Anwältinnen zusammengesetzt. Bei den Gesprächen ist herausgekommen, daß es grundsätzlich nicht mehr üblich ist, die Kinder vorschnell in Heime zu schieben; selbst das Jugendamt lehnt eine solche Praxis erstmal ab, stattdessen wird nach Möglichkeiten geguckt, wie das Kind in ihrem/ seinem gewohntem Umfeld bleiben kann.Das ist natürlich keine Garantie,aber bei den uns bekannten politischen Verhaftungen von Eltern ist sowas wie Heim nicht gelaufen.
Im Falle einer verschäften Repression, ist es sehr wohl vorstellbar, daß das Kind zwangsuntergebracht wird, um die Eltern/ Mütter zu ``strafen`` und unter Druck (Aussagebereitschaft?) zu setzen.
Natürlich ist die Voraussetzung einer korrekten Unterbringung der Linder, daß es überhaupt mehrere Bezugspersonen für das Kind gibt !!!
Darüber müßte sich mal allgemeiner in der ```Scene `` Gedanken gemacht werden, denn, wenn dies nicht der Fall ist, heißt das natürlich meist für die MÜTTER, daß sie aus Verantwortungsbewußtsein dem Kind gegenüber auf alle möglichen politischen Arbeiten verzichten müßen. Kind oder Politik- so getrennt muß das eigentlich nicht laufen, wenn andere bereit sind auch Verantwortung zu übernehmen !!!
Dies soll als Apell aufgefaßt werden, sich mal im Bekanntenumfeld darüber auszutauschen, wie welche Kinder eigentlich versorgt werden, wo es notwendig ist die eine oder andere zu unterstützen.
Wenn es mehrere Bezugspersonen gibt,dann taucht da noch ein weiteres Problem auf, nämlich,daß durch auseinandergehende Gruppen, WG`s... die Bezugspersonen der Kinder öfter mal wechseln.Deshalb ist es wichtig, das ihr Personen angibt, zu denen ihr grundsätzlich das Vertrauen habt, daß sie sich in eurem Sinne um eine gute Unterbringung und Versorgung des Kindes kümmern; dabei ist es egal, ob das Kind dann tatsächlich bei ihnen wohnt oder bei anderen mittlerweile vertrauten Personen.Mit älteren Kindern kann das ja auch schon gemeinsam abgeklärt werden.

WIE ÜBERTRAGE ICH DIE "ELTERLICHE SORGE" IM VORRAUS AUF ANDERE PERSONEN ??

Bei alleinerziehenden Eltern besteht oft eine Amtspflegschaft für das Kind. Es wäre gut
, diese sofort aufzuheben, damit sich im Falle einer Verhaftung nicht gleich das Amt einschaltet.Soweit wir wissen, ist die Aufhebung unproblematisch, wenn ihhr kein Geld über die Unterhaltsvorschußkasse kriegt, und es keinen amtsbekannten Stress mit dem Vater gibt, das Amt also davon ausgeht,er zahhlt und kümmert sich. Erkundigt euch, ob die Aufhebung bei euch möglich ist.
Weiter bestimmt ihr mindestens zwei Menschen, die alternativ die "elterliche Sorge" für einen solchen Fall übernehmen. In einer ausführlichen, schriftlichen Erklärung begründet ihr ,wie lange und intensiv diese Menschen das Kind schon kennen und warum ausgerechnet sie das Kind betreuen sollen.Eine solche Erklärung zeigt, daß ihr euch intensiv um das Kind kümmert, und kann vor Gericht , als Argument für euch verwand werden, falls euch unterstellt wird, ihr selber wärt ja gar nicht in der Lage gewesen, euch korrekt um euer Kind zu kümmern.
Diese Erklärung sowie eine kurze Bestätigung der betreffenden Personen, sollte notariell beglaubigt werden und allen Betroffenen zugänglich sein.
Wenn ihr die zwei Personen bestimmt,dann achtet nicht nur auf die Beziehung zwischen ihnen und dem Kind, sondern auch , daß eine der beiden in "geregelten Verhältnissen"lebt(gute Wohnung, Kinderzimmer, geregeltes Einkommen, genug Zeit usw)



WAS GIBT ES ZU TUN , WENNS DANN TATSÄCHLICH MAL PASSIERT IST ? (3x Holz)

Ist Frau/ Mann eingefahren sollte der Mensch, der das Kind versorgen wird, so schnell wie möglich zum Vormundschaftsgericht gehen .So wird erstmal verhindert, daß die Bullen das Kind abholen. Außerdem sollte eine Anwältin benachrichtigt werden, die sich um die Belange des Kindes kümmert.
Kinder sollten bei Demo`s oder Aktionen nie alleine in der Wohnung gelassen werden.
In den nächsten Wochen kommt das Jugendamt(Termin muß angegeben werden)
und überprüft die Verhältnisse, in denen das Kind lebt. Sowohl mit den Erwachsenen als auch mit dem Kind wird ein Gespräch geführt; mit dem Ziel, deren Beziehung untereinander beurteilen zu können.Deshalb ist es bei jüngeren Kindern schon wichtig, das zur angegebenen person eine Vertrautheit besteht.

Ab 14 Jahren erhalten die Kinder ein Mitsprache Recht vor Gericht. Die Kinder werden nicht gegen den Willen des Sorgeberechtigten zu ihren Großeltern oder anderen Verwandten gesteckt. Auch hier findet eine Überprüfung statt,ob zwischen Kind und Verwandten überhaupt eine intensive Beziehung existiert. Die Angehörigen würden wahrscheinlich als erste gefragt werden, ob sie bereit wären, das Kind aufzunehmen, wenn ihr nichts festlegt, aber automatisch gits da keinen Vorzug



Am 29.Juli diesen Jahres wurden 2 Männer aus Hamburg , Knud und Ralf, in Pinneberg kurz außerhalb Hamburgs von Zivilfahndern des Landeskriminalamtes Hamburg festgenommen. Beide Männer sitzen seitdem in Untersuchungshaft im Knast Itzehoe. Die Zivilfahnder waren beiden vom Stadtteilzentrum "Rote Flora" im Hamburger Schanzenviertel aus gefolgt, wurden aber während der mehrstündigen Observation wiederholt von Knud und Ralf bemerkt. Es ist bislang unklar, warum die Zivilfahnder den beiden überhaupt gefolgt sind. Obwohl die Zivilfahnder zugeben, die beiden mehrfach aus den Augen verloren zu haben, behaupten sie weiterhin, aus 400 Metern Entfernung gesehen zu haben, wie beide Männer angeblich Betonplatten auf die Bahnstrecke Hamburg-Kiel gelegt hätten.

Bezeichnenderweise wurde direkt nach der Festnahme keine Spurensicherung vorgenommen, wie dies kriminalistische Routine ist. Dann hätte sich nämlich herausgestellt, daß beide keine Spuren von Beton an der Kleidung oder unter den Fingernägeln hatten, folglich auch nicht mit irgendwelchen Betonplatten hantiert haben.Es ist davon auszugehen, daß eine solche Spurensicherung direkt nach der Festnahme bewußt unterblieben ist, zumal wir nicht von irgendwelchen Dorfpolizisten reden, sondern von besonders geschulten Beamten des Landeskriminalamtes Hamburg.

Veranstaltung zu Knud und Ralf

am Sonntag, den 8.12.91

19 Uhr Essen in der Vokü Edith Piaf

20 Uhr Beginn der Veranstaltung

im Nebenraum / Niederbarnimstraße 23/ Friedrichshain

Liebe Leutis,

Euer Artikel in der radikal hat uns erreicht, seht Ihr, Es geht doch. Fragen über Fragen tauchen in Eurem Artikel auf, etwa warum es keine deutlich gekennzeichneten Sanis gegeben habe und wir wollen Euch keine Antwort schuldig bleiben. Ganz einfach: weil der Dienstweg nicht eingehalten wurde. Schließlich muß ja alles seine Ordnung haben: wo kämen wir denn da hin, wenn die Delegierten entschieden und nicht eine entscheidungsfähige VV. Ähnlich ist das auch bei uns: Kein Hauptverbandsplatz ohne Antrag. Also: Antrag in 3facher Ausfertigung an das Chaotengenesungswerk und Schwupp stehen Euch die Sanis zur Verfügung (Schön wär's). Wo wir schon beim Thema Chaotengenesungswerk sind, stellt sich die Frage wo eigentlich Euer Beitrag dazu bleibt. Das Rote Kreuz erhält öffentliche Unterstützung, wir bekommen bestenfalls eine blöde Anmache von Euch. Etwas anders von Euch zu erwarten hieße Euch zu überfordern. Aber wir wollen nicht undankbar sein, schließlich gibt uns jede Kritik die Möglichkeit unsere politische Praxis zu verbessern wobei noch zu klären sein wird, ob Euer Beitrag tatsächlich ernst zu nehmen ist.
Bayreuth: Wagner-Stadt, Faschos und eine autonome Demo, deren Bild auch von Euch geprägt wurde. Immerhin waren ein Paar wohl auch nüchtern. Und dann die Sanis: nicht deutlich gekennzeichnet, unflexibel, also wirklich scheiße. Offensichtlich ist es Euch nicht ganz klar, das so eine Kennzeichnung auch ein Fadenkreuz sein kann, speziell in Situationen wo Strukturen nicht klar sind und Schutz damit nicht gegeben ist. Daher entscheiden die Sanis vor Ort ob und wie sie sich kennzeichnen. Aber das wißt Ihr sicherlich alles, weil Delegierte von Euch seid Jahren in Sanistrukturen aktiv sind und Ihr sicherlich massenhaft an den immer wieder von uns angebotenen 1.Hilfe-Kursen teilgenommen habt. Daher nochmal zur Erinnerung: Die Sanis sind nicht das DRK, Mann kann dort keinen Zivildienst machen und wir sind auch nicht über die Rettungsdiensttelefonnummern zu erreichen. Trotzdem waren wir auch in Bayreuth, haben Köpfe verbunden,was,wie auch die "fehlende Kennzeichnung" über den "Lauti" angesagt wurde. Wir würden uns wünschen Euch häufiger mal bei 'nem Kurs zu sehen, als uns immer von Euch anpissen zu lassen.

(...)Bayreuth ??? Die politisch Herrschenden machten es sich einfach: Um jegliche Kundgebungen von Rechts- und sog. Linksextremisten zu verhindern, wurde kurzerhand das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit außer Kraft gesetzt. Nachdem ein über Wunsiedel verhängtes 3tägiges Versammlungsverbot die Faschisten davon abgehalten hat, in Wunsiedel ihre "Trauerkundgebung" für den Völkermörder Rudolf Hess zu veranstalten, "protestierten" sie in Bayreuth gegen diese repressive Maßnahme. Doch auch "unsere" Demo mußte verlegt werden.

Unter diesen ungünstigen Voraussetzungen fanden die beiden letzten VV's im Nürnberger KOMM statt. Doch anstatt flexibel auf diese Umstände zu reagieren, wurden den Leuten DelegiertInnen vorgesetzt (seit wann sind wir eine Partei?), die nicht legitimiert sind, uns zu vertreten (das ganze ist eh total Scheiße gelaufen).

Als nun der Bus aus Berlin in Bayreuth angekommen war und wir feststellen mußten, daß statt einem DREI Treffpunkte vorhanden waren, sank unsere Stimmung abermals. Daß ein Teil der vor uns Eingetroffenen schon kräftig am Saufen war, wirkte weiter negativ.

Doch nach etlichen Bullenkontrollen und der mühsamen Sammlung aller DemoteilnehmerInnen konnte es dann losgehen. Ketten, Fahnen, Transpis und unsere Parolen ließen vermuten, daß wir entschlossen waren, den Faschisten den Tag zu versauern. Auch etliche BürgerInnen sahen unser Anliegen und gingen nebenher. Dann die Zwischenkundgebung: In einer Rechtskurve, das letzte Demodrittel optisch und akustisch abgeschnitten. Während vorne den wirklich guten Redebeiträgen gelauscht wurde, knüppelten von hinten die Bullen rein. Doch statt die Situation zu entspannen indem die Demo weitergeht, werden die DelegiertInnen zusammengerufen. Hinten Schmerz, Wut und aufkommende Panik, vorne Scheißgelaber. Als es dann endlich weitergeht, fehlten uns die Laune und ein paar GenossInnen. Im weiteren Verlauf nahm die Bullenprovo zu, unsere Lust ab. Bei der Abschlußkundgebung und dem nicht mehr geordneten Rückzug war die Luft raus, und das nicht wegen dem warmen Wetter. Daß der Lauti nicht alleine zum Parkplatz mußte, sondern mit den DemoteilnehmerInnen, wurde als Erfolg gewertet. Das ist kein Erfolg, sondern eine Selbstverständlichkeit. Auf einem von 3 Parkplätzen ankommend wurden wir von den Pigs derart eingepfercht, daß das Gefühl rüberkam, in einem riesigen Gefangenenlager zu sein.

Obwohl wir noch ca. 2 Stunden auf die letzten Busse warten mußten, forderten die Bullen uns auf, den Parkplatz zu räumen. Langsam machte sich Unruhe breit, und die Pigs nützten unsere Lage aus, um sich ein paar von unseren Leuten herauszugreifen. Doch statt geschlossen in Ketten den Provos entgegen zu treten, flogen von unserer Seite etliche Flaschen. Der dann erfolgte Bullen-Prügel-Einsatz zeigte weitere schlimme Fehler bei uns auf: Mehrere Verletzte, aber wo waren die Sanis?? Ist es nicht möglich, gekennzeichnete Sanis unter uns zu haben ? Wohl nicht. Als dann auch noch Gerüchte die Runde machten, die Faschos würden anrücken, konnten sie nicht durch eigene, gesicherte Infos bestätigt bzw. widerlegt werden. Sich dann auf die Bulleninfos zu verlassen, ist leichtsinnig und gefährlich. So getan vom Lauti. Beim Einsteigen in die Busse war wohl die Verantwortung des Lautis ganz dahin, denn sonst wäre das Abgreifen von 2 GenossInnen die im HH-Bus saßen, nicht auf so geringen Widerstand gestoßen. Ach ja, ein Anwalt sollte unsere Interessen vertreten und nicht der Büttel der Bullen sein, so geschehen an diesem Tag.

FAZIT: Wenn es nächstes Mal wieder eine Demo geben sollte, muß die Organisation um einiges verbessert werden:

- eigenes zuverlässiges Informationssystem (Infos über Fascho-Bewegungen, Bullenkontrollen, Verletzte, Festnahmen, Nachkommende)
- klares Konzept für die Demo und die Blockade bzw. Verhinderung des Fascho-Aufmarsches
- keine Delegierte, dafür ein entscheidungsfähiges VV-Plenum
- deutlich erkennbar gekennzeichnete Sanis
- vorher abgesprochenes Verhalten bei Provokationen von Faschos und Bullen
- EIN Demo-Ausgangspunkt und ein Parkplatz

Die Organisation sollte auf alle Eventualitäten vorbereitet sein, wie Verbot, Verlegung, etc., um eine starke, kräftige Demo zu gewährleisten, die es dieses Jahr unserer Meinung nach nicht war.
(...)

RASSISMUS TOTET

RASSISMUS ist:
- ständige Beleidigungen und Anpöbeleien
- Sammellager und Abschiebung für Flüchtlinge
- 2-Zimmerwohnungen für 8-köpfige Familien
- halber Lohn für doppelte Arbeit
- Gesetze und Ämter gegen Ausländer und Ausländerinne
- Cholera in Lima
- Giftgas in Bohpal
- Bomben auf Bagdad
- K l a s s e n s p a l t u n g

RASSISMUS hat:
- Handelnde und Beifallklatschende
- Hintermänner, Drahtzieher, Hand- und Kopflanger
- K l a s s e n i n t e r e s s e n
- Namen und Anschrift:

heißt SKIN und sitzt in Cottbus
heißt NATIONALE ALTERNATIVE und sitzt in Leipzig
heißt REPUBLIKANER und sitzt in Berlin
heißt DVU und sitzt in Bremen
heißt SCHÄUBLE & Co. und sitzt in Bonn
ist RICHTER und sitzt in Moabit
heißt BILDZEITUNG und sitzt im Springerhochhaus
ist POLIZEOFFIZIER und sitzt im Polizeihauptquartier
heißt DAIMLER BENZ und si[…]indelfingen

Die Trennungslinie verläuft ni[…]schen den Völkern,
sondern zwis[…]en und unten.
Entsc[…] Euch, wo Ihr steht.
Greift ein.
Solidaris[…]rt Euch mit den Kämpfen der Menschen
aus anderen Ländern.
Nichts ist vergessen !

PLAKATE IN GUT SORTIERTEN LÄDEN!

Revolutionäre Gewalt gegen den rassistischen Terror
organisieren !

Gegengewalt
gegen Rassismus



WESERSTR. 155
1000 BERLIN 44
TEL.687 65 90

Wir lassen uns nicht spalten!

Offener Brief des Autonomen Krümelladens an das Bezirksamt Neukölln.

Am Donnerstag, den 21. 11. 1991, erhielten wir einen Anruf der Jugendförderung Neukölln des Bezirksamtes. Es meldete sich eine Mitarbeiterin im Auftrag des Leiters der Jugendförderung, Wolfgang Goetsch. Mit geheucheltem "Bedauern" sagte sie, sie habe gehört, daß der Krümelladen wegen einer Mieterhöhung aus den bisherigen Räumen ausziehen müsse. Die Frage sei, zu welchem Zeitpunkt dies geschehe, da die Jugendförderung gerne unsere Räume für das senatsgeförderte Jugendprojekt "Café Zeynom", das sich ebenfalls in der Weserstraße befindet und Anfang nächsten Jahres aus seinen bisherigen Räumen heraus muß, übernehmen wolle.


Hier soll ein senatsgefördertes Jugendcafé, daß vorwiegend von ausländischen Jugendlichen genutzt wird, gegen ein Projekt der autonomen Szene ausgespielt werden. Es wird so getan, als ob zwei Projekte, die jeweils aus völlig anderen Interessen heraus entstanden sind, beliebig austauschbar sind.
Es kann nicht angehen, die gewachsenen Strukturen Neuköllns zu zerstören, indem dem Senat genehme sozialpädagogische Projekte gegen autonome Projekte gestellt werden.
Seit Jahren bestehen persönliche Kontakte zwischen den Jugendlichen aus dem Café Zeynom und dem Krümelladen. Viele der Jugendlichen haben bei uns politisch mitgearbeitet und unsere Räume mitgenutzt. Diese politischen Strukturen lassen wir uns von Oben (in diesem Fall das Bezirksamt Neukölln) nicht zerstören.

Keine Spaltung in ausländische und deutsche, unpolitische und politische Menschen!

Keine Umstrukturierung im Kiez!

Krümelladen bleibt!

Plenum des Autonomen Krümelladens



TERMINE:

Do 5.12. 21.00 Daneben " 23 Stunden"

Fr 6.12. 18.00 Diyalog,Oranienstr.34 Türkei-Veranstaltung
24.00/1.00 Köpi 137 "Heiter bis Wolkig" Pol.Musik-Kabarett (Köln)
20.00 Clash,Uferstr.13 Info-Veranstaltung von Basis Radio Berlin
19.00 Lunte,Weisestr.53 Kiezküche+Film über Mumia Abu-Jamal
? Krümelladen,Weserstr.155 Kiezparty

Sa. 7.12. 16.00 Diyalog,Oranienstr.34 Türkei-Veranstaltung
21.00 " " Solifete
11.00 Soli-Kundgebung Joachimsthaler Str. zu 4Jahre Intifada
+14.00 Alexanderplatz
13.00 Demo Hermannplatz von SchülerInnen und StudentInnen
13.00 Demo und Knastkundgebung in Bruchsal,Marktplatz
18.00 Sportschau
18.00 Babylonia,Cuvrystr.20 Veranstaltung mit Peio Aierbe

So. 8.12. 19.00 Niederbarnimstr.23 Veranstaltung zu Knud und Ralf mit Vokü

Mo 9.12. ? Extasy Konzert mit rechtsextremer Band "Type-O-Negative"
14.00 EX Treffen der autonomen Berberschutzgruppe in k61/36

Di 10.12. 21.00 Daneben,Rigaerstr.84 Film"Verfolgt und vergessen"
20.00 Pilatus,Kreutzigerstr.21 Ivo Bozic lyriK,songS unD müLL

Mi 11.12. 19.00 Vamos,Marchstr. Reisebericht über die Situation in Nicaragua

Do. 12.12. 21.00 "Sie würden uns gern im Knast begraben"
20.00 Lunte,Weisestr.53 1.Neuköllner Anti-Umstrukturierungsplenum

Fr. 13.12. 20.00 Anlauf,Kreutzigerstr.18 Veranstaltung von Basis Radio Berlin
22.00 Köpi 137 Soli-Fete für Anti-Rassistische-Zentrum

KÜSS DEN BODEN DER FREIHEIT!

13.12.

PARTY

IM EX

11 JAHRE ERMITTLUNGSAUSSCHUSS